

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

60. Sitzung
8. Dezember 2025

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 16.59 Uhr
Vorsitz: Sven Rissmann (CDU); stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Sven Rissmann: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Erinnerungskonzept Kolonialismus
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0243
KultEnDe |
| b) | Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/0954
Maßnahmen zum „Gesamtstädtischen
Aufarbeitungskonzept zu Berlins kolonialer
Vergangenheit“
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0101
KultEnDe
IntGleich |

Hierzu: Anhörung

Wie eingangs erwähnt, ist zu Punkt 3 b der Tagesordnung Herr Dr. Homann, Leiter des Referats für Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe anwesend.

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokoll gewünscht wird. – Das ist so. Dann verfahren auch so. Ich darf nun endlich unsere Anzuhörenden in alphabetischer Reihenfolge begrüßen: Frau Dr. Bauche, Leitung des Erinnerungsorts Ihnestraße, Freie Universität Berlin, Herrn Dr. Ibou Diop, Projektleitung Erinnerungsort Kolonialismus, Stiftung Stadtmuseum Berlin, und Frau Dr. Kimiko Suda, Gastprofessorin Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin. Herzlich willkommen bei uns! Meine Damen und Herren Anzuhörenden! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses gestreamt und eine Aufzeichnung ebenfalls auf der Website aufzurufen sein wird. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Vorgehen einverstanden sind. – Ich sehe nur Nicken. Wunderbar, vielen Dank!

Wir kommen dann zunächst zur Begründung des Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a und 3 b durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ist das gewünscht? – Ja. Herr Kollege Wesener erhält das Wort. – Bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Ausschussvorsitzender! – Ja, das ist gewünscht, aber ich halte es kurz, weil wir viele kompetente Anzuhörende hier haben. Ich will dennoch die Freude und den Dank meiner Fraktion vorausschicken, dass wir heute über dieses Erinnerungskonzept Kolonialismus reden können, mit Ihnen reden dürfen. Der Dank gilt allen, die daran mitgewirkt haben. Hier sitzen drei Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft beziehungsweise Wissenschaftslandschaft. Wir wissen, es sind noch sehr viel mehr, die sich teilweise seit Jahren, Jahrzehnten mit diesem Thema ehrenamtlich beschäftigen. Unser Dank gilt aber natürlich auch der Verwaltung und allen, die aus den verschiedenen Ressorts daran mitgewirkt haben. Ich möchte daran erinnern, dass dieses Konzept, das seit Kurzem öffentlich vorliegt, das Ergebnis eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses ist. Ich finde, auch das sollten wir würdigen. Es ist zwar schon ein paar Jahre her, genauer gesagt war es, glaube ich, August 2019, wo das Abgeordnetenhaus mehrheitlich diesen Auftrag erteilt hat.

Allerdings, das möchte ich hinzufügen, ist dieser Antrag und Auftrag nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern uns war damals wichtig, dass wir bereits den Antrag zusammen mit verschiedenen Stakeholdern, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der postkolonialen Berliner Zivilgesellschaft aufsetzen. Wir haben uns damals bereits im Vorfeld mit den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in Verbindung gesetzt, und wenn ich es richtig sehe, war das auch Teil des späteren Prozesses, also die Erarbeitung des Konzepts ist nicht von der Politik oder von der Verwaltung geleistet worden, sondern ganz maßgeblich von der Zivilgesellschaft. Ich sage das deswegen, weil ich das neben vielen anderen relevanten Punkten für den entscheidenden halte, dass Erinnerungsarbeit, dass Erinnerungskultur, gerade wenn es um die Aufarbeitung von kolonialem Unrecht geht, natürlich nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg und schon gar nicht gegen die verschiedenen Akteurinnen und Akteure aus diesem Kontext geschehen darf, sondern dass das ein enges Zusammenspiel sein muss. Ich glaube, aber das werden wir sicherlich auch noch mal von Ihnen gleich hören, das ist im Großen und Ganzen in den vergangenen Jahren ganz gut gelungen. Uns war wichtig, dass dieses Konzept, sobald es vorliegt, auch hier noch mal Thema ist, aber dann nicht nur als politische Debatte oder Debatte unter Parlamentarierinnen und Parlamentariern, sondern unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft.

Das, was uns interessiert, ist neben der Genese vor allem das Ergebnis. Unser ganz besonderes Interesse gilt der Umsetzung. Es ist gut, dass wir ein solches Konzept haben, bei allem, was man da vielleicht auch noch kritisch ventilieren kann. Noch schöner wäre es, wenn dieses Konzept auch wirklich umgesetzt wird. Wir wissen, Dekolonialisierung ist ein Prozess. Das war es in der Vergangenheit, das wird es auch weiter sein. Ich wage die Prognose, dieser Prozess wird nicht abgeschlossen sein. Er ist, Herr Diop, ich will Ihnen da nicht zu nahe treten, auch mit diesem Konzept nicht final abgeschlossen, sondern das ist das Wesen dieser Form der Aufarbeitung, und insofern freuen wir uns sehr, dass diese Anhörung heute in diesem Format stattfinden kann. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Herr Kollege Wesener! – Einleitend für den Senat nimmt Frau Staatssekretärin Richter-Kotowski Stellung. – Bitte sehr!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Zunächst einmal auch von meiner Seite einen Dank an alle, die sich in den vergangenen Jahren teils auch ehrenamtlich dafür eingesetzt haben, an diesem Konzept zu arbeiten, mitzuarbeiten, und es vor allen Dingen abzustimmen. Ich glaube, das war ein sehr breiter, sehr intensiver Prozess, der durch viele Menschen gemeinsam gestemmt wurde. Insofern noch mal mein herzlicher Dank!

Was ich noch dazu beitragen wollte, ist, darauf hinzuweisen, dass der historische Beirat an diesem Konzept mitgearbeitet hat und involviert gewesen ist. Überreicht wurde das fertige Konzept dann von Herrn Dr. Diop vom Stadtmuseum kurz vor der Reise nach Namibia, die der Regierende Bürgermeister und die Kultursenatorin absolviert haben. Es war ein kleiner Schwenker bei Ihnen, Herr Wesener, dass das noch nicht vorläge. Das gibt es und ist auf den Webseiten abrufbar. Das war nur ein Zungenschlag, wenn es dann erst vorläge. Das hatte ich dann vielleicht falsch verstanden. In Ordnung. Also es liegt vor, das gibt es, und ich denke, dort sind eine ganze Menge wichtige Ideen enthalten.

Das, was allerdings auch noch einmal sehr deutlich gesagt werden muss, ist, dass dieses gesamtstädtische Erinnerungskonzept des Landes Berlin nur in Zusammenarbeit mit dem Bund

gemeinsam umgesetzt werden kann, um hier in Form von Kofinanzierungen Mittel freizusetzen. Zusammengefasst lässt sich also sagen, so wie es auch im Konzept steht, das fand ich einen sehr schönen Satz: Erinnerung braucht Orte. Erinnerung braucht Menschen. Insofern freue auch ich mich jetzt auf die Anhörung.

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Wir können nun endlich mit der Anhörung beginnen. Ich schlage vor, in alphabetischer Reihenfolge. Ich muss Sie noch mal darauf hinweisen, dass Sie sich bitte an fünf Minuten orientieren müssen. Sie werden es gesehen haben, allein schon aufgrund der räumlichen Situation, dass wir heute zwei Anhörungen durchführen werden, das heißt, wir müssen ein bisschen mit dem Zeitmanagement aufpassen. Ich möchte Sie ungern unterbrechen, aber wenn Sie die fünf Minuten deutlich überschreiten, müsste ich das tun, was ich nicht wollte. – Wir beginnen mit Frau Dr. Bauche, wenn es genehm ist. – Bitte sehr!

Dr. Manuela Bauche (Erinnerungskonzept Innestraße, Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften, Ott-Suhr-Institut für Politikwissenschaften, Freie Universität Berlin; Leitung): Herzlichen Dank für die Einladung! Ich möchte drei zentrale Forderungen aus dem Konzept „Kolonialismus erinnern“ und aus meiner Perspektive als Historikerin kommentieren. – Erstens: Eine zentrale Forderung aus dem Konzept „Kolonialismus erinnern“ ist die Einrichtung eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes zum Thema Kolonialismus. Dies ist eine Forderung, die dem historischen Gegenstand absolut gerecht wird, denn Kolonialismus war staatlich verübtes Unrecht. Es war ein Herrschaftssystem, das auf der institutionalisierten Entrechtung der Bevölkerungsmehrheit in kolonialisierten Gebieten beruhte; eine Entrechtung, die die Ausbeutung dieser Bevölkerung möglich machte. Wie für nationalsozialistisches Unrecht und SED-Unrecht folgt daraus eine Verantwortung des heutigen deutschen Staates und seiner föderalen Strukturen für die Auseinandersetzung mit und für die Aufarbeitung dieser Geschichte, eine Erinnerungspflicht, wie es der Philosoph Michael Schefczyk nennt.

Ein zentraler Lern- und Erinnerungsort kann einen Teil dieser Erinnerungspflicht einlösen als prominenter über den konkreten Standort ausstrahlender Ort der Information, des Austausch, aber auch der Anerkennung, dass Unrecht getan wurde. Die Forderung nach einem zentralen Lern- und Erinnerungsort Kolonialismus ist keineswegs neu. Sie ist Bestandteil des Koalitionsvertrags der aktuellen Berliner Landesregierung und war bereits Bestandteil des Koalitionsvertrags der Vorgängerregierung, sie ist auch Bestandteil des Koalitionsvertrags der aktuellen Bundesregierung und war auch schon Bestandteil des Koalitionsvertrags der Ampelregierung. Nun legt das Konzept „Kolonialismus erinnern“ ganz konkrete Vorschläge für mögliche Standorte vor. Die Umsetzung sollte angangen werden.

Zweitens: Das Konzept „Kolonialismus erinnern“ überzeugt vor allem dadurch, dass es neben einem zentralen Lern- und Erinnerungsort die Entwicklung einer dezentralen Erinnerungslandschaft zum Thema Kolonialismus in Berlin als Ziel benennt. Auch dies ist dem historischen Gegenstand adäquat, denn Kolonialismusgeschichte ist auch Lokal- und Alltagsgeschichte, wie zahlreiche insbesondere Anfang der Zweitausenderjahre vorgelegte Forschungen gezeigt haben, wie beispielsweise koloniale Unterhaltungskultur, Reichstagsdebatten zu kolonialpolitischen Fragen, die Konstruktion kolonialer Helden, Figuren in Romanen und vieles mehr untersucht haben. Kolonialismus wirkte also nicht allein auf jene Gesellschaften und Gebiete, die kolonialisiert wurden, sondern prägte auch Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaften, Denken, kurz: deutsche Identität in der sogenannten Metropole.

Eine dezentrale Erinnerungslandschaft zum Thema Kolonialismus kann dies durch die Markierung und Kommentierung vertrauter Orte wie zum Beispiel dem Treptower Park verdeutlichen. Hier waren 1896 im Kontext der ersten deutschen Kolonialausstellung Aufführungen mit Kolonialisierten fünfeinhalb Monate lang ein äußerst nachgefragter Bestandteil Berliner Freizeitkultur. Auch hier macht das Konzept „Kolonialismus erinnern“ konkrete Vorschläge für zu markierende Orte im Stadtraum. Eine Umsetzung kann unmittelbar anschließen.

Drittens sieht das Konzept „Kolonialismus erinnern“ die Schaffung und Förderung tragfähiger Strukturen für die Umsetzung dieser Vorschläge vor. Das klingt groß, allerdings muss das Rad hier nicht neu erfunden werden, denn es besteht schon ein bemerkenswerter Grundstock an Strukturen, auf denen aufgebaut werden kann. Dazu gehört zuvorderst die Geschäftsstelle „Kolonialismus erinnern“ im Stadtmuseum Berlin, die auch den Prozess hin zum vorgelegten Konzept gesteuert hat. Dazu gehört auch das Netzwerk aus zahlreichen Organisationen, die bereits seit Jahrzehnten im Bereich Kolonialismus Erinnerung aktiv sind und unter anderem initiativ waren für so wichtige Prozesse wie die Rückführung von Human Remains aus kolonialen Kontexten, für die Bund und Länder erst im Nachgang Verantwortung übernahmen. Auch um die hier vorhandene Expertise durch eine nachhaltige Förderstruktur in eine operationalisierbare Kurations- beziehungsweise Beratungsstruktur zu überführen, muss das Rad nicht neu erfunden werden. Es könnte etwa überlegt werden, inwiefern Strukturen wie die landeseigenen Gedenkstättenstiftungen im Bereich NS- und SED-Aufarbeitung ein Vorbild sein können. Das sind Stiftungen, an denen sich Land und Bund finanziell beteiligen, um an die Forderung der Frau Staatssekretärin anzuknüpfen. Dies ist mein Kommentar zu lediglich drei von zahlreichen wichtigen Maßnahmen, die das Konzept überzeugend skizziert.

Noch ein Wort: Der bereits erwähnte historische Beirat bei der Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, dessen stellvertretende Vorsitzende ich bin, hat auf Bitten der betreffenden Senatsverwaltung, wie erwähnt wurde, bei der Finalisierung des Konzepts beraten. Der Beirat, der vielfältige und keineswegs immer einmütige Perspektiven versammelt, begrüßt ausdrücklich, dass mit dem Konzept ein wichtiger Schritt zur Erinnerung an den Kolonialismus in Berlin vollzogen wurde. Geboten ist nun aus meiner Sicht, dass dessen Umsetzung durch das Abgeordnetenhaus beschlossen wird und ausreichend Mittel hinterlegt werden, um bestehende Strukturen auszubauen, die koordinieren können, und neue Trägerstrukturen zu schaffen, die die Maßnahmen umsetzen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Dr. Bauche! – Wir kommen dann zu Herrn Dr. Diop. – Bitte sehr!

Dr. Ibou Coulibaly Diop (Erinnerungsort Kolonialismus, Stiftung Stadtmuseum Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratie! Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, hier heute sprechen zu dürfen. Wir stehen in der Verantwortung, den strukturellen Rassismus abzubauen, der vielen Menschen in diesem Land bis heute echte Chancengleichheit verwehrt. Wir stehen in der Verantwortung, für eine gemeinsame Gegenwart und Zukunft an die deutsche Kolonialgeschichte zu erinnern. Wir stehen in der Verantwortung, uns mit dem Völkermord an den Herero und Nama auseinanderzusetzen und die bis heute in deutschen Museen aufbewahrten menschlichen Gebeine zurückzuführen. Diese Verantwortung ist nicht optional. Sie ist grundlegend, wenn wir eine echte Demokratie und gerechte Gesellschaft sein wollen.

Umso erfreulicher ist es für mich, dass das Land Berlin diese Verantwortung annimmt und den Prozess ermöglicht, das Erinnern an die deutsche Gewaltgeschichte des Kolonialismus zu stärken. Das Konzept, dessen zentrale Punkte ich Ihnen heute vorstellen darf, ist ein Ausdruck dieses Engagements. Bevor ich auf seine Entstehung eingehe, möchte ich die Kulturverwaltung und den vielen Abgeordneten und auch der Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt danken, die der Berliner Zivilgesellschaft ihr Vertrauen geschenkt haben. Gemeinsam haben wir ein Konzept erarbeitet, das nicht nur eine afrikanische und afrodiasporische Perspektive auf die deutsche Kolonialgeschichte einbezieht, sondern ebenso asiatische, jüdische und queeren Positionen. Sich mit Kolonialgeschichte auseinanderzusetzen bedeutet, Verantwortung für die gesamte plurale Geschichte zu übernehmen mit allen seinen Verflechtungen, Verwundungen und Zukunftsaufgaben.

2019 beschloss das Abgeordnetenhaus die Ausarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts zum Kolonialismus. Die Arbeit wurde 2022 beauftragt, und es begann in der Folge in der Stiftung Stadtmuseum ein Partizipationsprozess mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Aktivistinnen und Aktivisten, Künstlerinnen und Künstlern und Alltagspraktikerinnen und Alltagspraktikern aus Zivilgesellschaft, Institutionen in Berlin, bundesweit sowie im europäischen Ausland. Daraufhin wurde das Konzept mit Gedenkstätten und Verwaltungen beraten. Die Übergabe des Konzepts an der Senatorin für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Sarah Wedl-Wilson, erfolgte im Oktober 2025 und damit die Veröffentlichung. Seitdem zeigen nicht nur diverse Berichterstattungen die Relevanz des Themas, sondern das Konzept wurde bereits in vielen Einladungen vorgestellt.

Was fördert das Konzept? – Das Konzept fördert die Stärkung der Erinnerung an Kolonialismus sowie den Umgang mit dieser Geschichte in drei Bereichen: Die Errichtung eines zentralen Lern- und Erinnerungsorts Kolonialismus an einem historischen Standort in Berlin-Mitte – Berlins Rolle als Hauptstadt des europäischen Kolonialismus soll so Rechnung getragen werden –, die Stärkung einer zentral organisierten Erinnerungslandschaft in Berlin – schon seit Jahrzehnten arbeiten zivilgesellschaftliche Akteure an der Erinnerung an den Kolonialismus und Rassismus, das bestehende Netzwerk dieser dezentralen Erinnerung muss erweitert und nachhaltig gestärkt werden –, und die Etablierung dauerhafter Strukturen wie eine Stiftung zur Erinnerung an den Kolonialismus.

Die Verpflichtung der Auseinandersetzung mit Kolonialismus muss auch in Förderungen und Fördermitteln Ausdruck finden, auch vom Land Berlin. Weitere Förderungen über diese Punkte hinaus sind Restitution und die Stärkung von Forschung und Wissenstransfer.

Wo stehen wir bereits mit der Umsetzung? – Seit Mitte 2024 erarbeitet ein kleines Team im Stadtmuseum die Errichtung eines Erinnerungsorts. Für die nächsten Schritte reichen die bestehenden Kapazitäten und Mittel natürlich nicht aus. Zur Umsetzung des Konzepts haben wir deshalb eine Liste konkreter nächster Schritte an Forderungen an die Politik bei einem persönlichen Austausch mit der Kultursenatorin am 13. November übergeben. Mit dieser Forderung möchte ich mich heute noch mal an Sie wenden. Die wesentlichen Punkte sind: Stärkung der Arbeit des Teams Erinnerungsort Kolonialismus am Stadtmuseum durch die Verwaltung mit dem zentralen Ort und die dezentrale Erinnerungslandschaft, Unterstützung bei der Errichtung dauerhafter Strukturen und die Erarbeitung eines breit getragenen politischen Beschlusses im Berliner Abgeordnetenhaus zur Umsetzung des vorgelegten Erinnerungskonzepts Kolonialismus mit dem Ziel der Ermöglichung der umfangreichen Finanzierung der

Umsetzung des Konzepts. Ein solcher Beschluss ist für die weitere Arbeit und das Zusammenleben in dieser Stadt zentral. Die Erinnerung an Kolonialismus wurde lange marginalisiert und ist in Berlin wie in Deutschland immer noch allzu wenig präsent, trotz eines Deutschlands, das sich mit seiner Geschichte auseinandersetzen will, trotz eines Deutschlands, das Einwanderungsland sein möchte und muss und trotz einer pluralen postmigrantischen Realität. Ein Lern- und Erinnerungsort zur Kolonialgeschichte beantwortet die Forderung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und ist zentral für ein international zukunftsfähiges Berlin und Deutschland. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Herr Dr. Diop! – Es folgt Frau Dr. Suda. – Bitte sehr!

Dr. Kimiko Suda (Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät, Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Humboldt-Universität Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung! Vielen Dank für die Einladung, heute hier zu sprechen! Mein Name ist Kimiko Suda. Ich bin heute hier als Wissenschaftlerin, aber auch als Mitglied von Korientation e. V. Korientation ist eine postmigrantische Selbstorganisation und ein Netzwerk für asiatisch-deutsche Perspektiven mit einem gesellschaftskritischen Blick auf Kultur, Medien und Politik. In den USA ist aktuell zu sehen, wie sich einzelne Städte wie Boston oder Chicago mit Nachdruck gegen rassistische und dehumanisierende Politik positionieren. Wenn ich diese Meldung sehe und im Anschluss an Berlin denke, habe ich die große Hoffnung, dass sich auch unsere Stadt zukünftig über eine rassismuskritische und dekoloniale Erinnerungskultur im deutschen Kontext hervorheben wird. Mit einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema Kolonialismus in der öffentlichen Erinnerung geht immer auch eine politische Richtungsweisung für die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung des Stadtbilds einher. Die Frage danach, wessen Perspektiven repräsentiert und anerkannt sind und wer öffentliche Räume mitgestalten darf, sagt immer auch etwas darüber aus, inwieweit plurale Demokratie tatsächlich praktiziert wird. Allein der Fakt, dass die Erarbeitung eines gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts offiziell von der Stadt Berlin in Auftrag gegeben wurde, hat mir und auch anderen Personen, ostasiatischen, diasporischen und der asiatisch-deutschen Community vor dem Hintergrund eines Rechtsdrucks in Deutschland Mut gemacht, dass eine institutionalisierte rassismuskritische Repräsentation der Zeit des deutschen Kolonialismus in naher Zukunft möglich sein wird.

Für Korientation e. V. war ich in einer Arbeitsgruppe im Rahmen des partizipativen zivilgesellschaftlichen Begleitprozesses zur Erarbeitung des Konzepts integriert und habe daher in der Praxis mitbekommen, wie viele Menschen über diesen Partizipationsprozess vernetzt wurden und auf wie vielen Ebenen und mit welcher Expertise über Dekolonialisierung diskutiert wurde. Mitarbeitende von Berliner Vereinen, Initiativen, Museen, Universitäten, freiberufliche politische Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende aus diversen Communities waren an der Erarbeitung des Konzepts zwei Jahre lang beteiligt, und das Ganze steht auf der intensiven Vorarbeit von Initiativen und Einzelpersonen von mehr als einem Jahrzehnt. Aus den Treffen mit anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ergab sich beispielsweise eine afro-, asiatische- und diasporische Perspektive, die großes Potenzial hat, neue spannende Verbindungen aufzudecken. Über die in Berlin lebenden Akteure hinausgehend sind zusätzlich bundesweite und transnationale Kontakte durch die Erarbeitung des Erinnerungskonzepts zusammengebracht worden, das heißt, es gibt Hunderte Personen, die in den Startlöchern stehen

könnten, wenn die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt würden, um die konkrete Umsetzung des Konzepts zu unterstützen.

Vor einigen Tagen fand die Protestaktion gegen das Treffen der AfD-Jugend statt, und es waren auffällig viele Schülerinnen und Schüler dabei. Im Anschluss wurde im öffentlichen Diskurs wieder von der Notwendigkeit einer Brandmauer in Deutschland gegen rechte und rassistische Politik geredet. Damit diese konkret wirkt, werden konkrete Maßnahmen benötigt. Es wird auch eine institutionell verankerte und strategische Wissenspolitik benötigt, die rassistisch und up to date zum Thema Kolonialismus ist, die attraktiv ist für junge Menschen, attraktiv für möglichst viele Berlinerinnen und Berliner und Besucherinnen und Besucher der Stadt, die strukturell stark genug ist, um den öffentlichen Diskurs zu überzeugen und mitzubestimmen und bisher marginalisierte Perspektiven stärker ins Zentrum zu rücken, eine plurale Erinnerungskultur als Ausdruck einer gelebten und konkreten pluralen Demokratie.

Aus einer transpazifischen dekolonialen Perspektive sind insbesondere die deutschen Kolonien im Asien-Pazifik-Raum zu erwähnen, beispielsweise in China und Samoa, deren Geschichte in der deutschen Öffentlichkeit kaum präsent ist und die mit dem Erinnerungskonzept die Möglichkeit bekämen, mehr als 100 Jahre nach deren Existenz endlich als Thema in den öffentlichen Diskurs eingeschrieben zu werden. Um mit einer dekolonialen Perspektive den deutschen Kolonialismus langfristig und nachhaltig präsent zu halten, unabhängig davon, wie sich die politischen Verhältnisse in den kommenden Jahren auf Landes- und Bezirksebene verändern, wird die im Konzept vorgeschlagene unbefristete Verstetigung der bereits erstellten dezentralen Erinnerungsorte wie beispielsweise die Gedenktafeln bei den afrikanischen, asiatisch-pazifischen Straßen im Wedding benötigt. Bei den dezentralen Gedenkortern wäre es sinnvoll, Änderungen und Themen, die über das Feld des deutschen Kolonialismus hinausgehen und den Kolonialismus anderer Länder betreffen, mit zu berücksichtigen, soweit sie eine Rolle für die postmigrantische Gesellschaft unserer Stadt spielen.

Das Beispiel der Friedensstatue „Ari“, die an sexualisierte Gewalt im Kontext von japanischem Kolonialismus und darüber hinaus erinnert und leider vor kurzem abgebaut wurde, haben Sie vermutlich in den Medien verfolgt. Wir brauchen den geplanten zentralen Gedenk- und Lernort, der in der Würde eine konsequente und nachhaltige Institutionalisierung von dekolonialer Erinnerungskultur in unserer Stadt absichert, die nicht ständig befürchten muss, je nach politischer Konjunktur, wieder abgesägt zu werden.

Einen zentralen Ort und dezentrale Orte für das Gedenken an deutschen Kolonialismus langfristig inhaltlich ausbauen zu können, würde auch ermöglichen, Überschneidungen mit anderen Gedenkortern zu aktivieren und Synergien zu erzeugen bei der Entwicklung neuer Präsentationsformate, Ästhetiken, bei vernetzten digitalen Auftritten und so weiter. Beispielsweise hat die Dekoloniale bereits neue Standards in die deutsche Museumslandschaft gebracht und eine dekoloniale Arbeitspraxis mit ihren Kollaborateuren im Detail vorgelegt. Unmittelbar aufbauend auf dem Erfahrungsschatz der Dekoloniale, dem kollaborativen Erarbeitungsprozess des gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts so vieler Akteurinnen und Akteure, wäre es möglich, nahtlos in die konkrete Planung zu gehen und dabei auf das entstandene lokale, regionale und transnationale Netzwerk zurückzugreifen. Würde das Vorhaben in eine ungewisse Zukunft verschoben werden, würden zukünftig wieder zusätzliche, zeitliche und finanzielle Ressourcen aufgebracht werden müssen, um die praktische Umsetzung wieder anzubahnen.

Vorsitzender Sven Rissmann: Frau Dr. Suda! Sie sind jetzt bei 6 Minuten 30. Sie müssten bitte langsam zum Schluss kommen.

Dr. Kimiko Suda (HU Berlin): Okay. – Für die Bewohnerinnen und Bewohner Berlins, die im Alltag kontinuierlich und freiwillig Rassifizierungsprozessen unterworfen sind, würde durch den zentralen Gedenk- und Lernort und die dezentralen Orte ganz konkret Möglichkeiten an Zugehörigkeit und Teilhabe in dieser Stadt entstehen. Im Englischen wird auch von Symbolic Ownership gesprochen. Stellen Sie sich vor, 60-Jährige suchen im Internet nach dem Stichwort „Deutscher Kolonialismus“ und würden auf die Website dieses zentralen Gedenkortes, die dezentralen Orte und auf spannende Formate treffen. Jede Berliner Schule, jedes Berufsbildungszentrum, jedes Uniseminar, jede Klassenfahrt könnte den Gedenk- und Lernort besuchen. Es würde ein sehr lebendiger Ort werden.

Die langfristige Finanzierung dieses zentralen Orts, dieser dezentralen Orte wäre eine strategisch wichtige Investitionen in kritisch kuratiertes Wissen im öffentlichen Diskurs. Es wäre ein Ort, an dem das symbolische Kapital, das durch die Erarbeitung des Konzepts bereits entstanden ist, voll ausgeschöpft und weiterentwickelt werden könnte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Sven Rissmann: Wir können nunmehr die Beratung eröffnen. Ich habe die folgenden Wortmeldungen bisher wahrgenommen: Herr Kollege Wesener, Frau Kollegin Dr. Schmidt, Herr Trefzer. Habe ich jemanden übersehen? – Herr Kollege Dr. Juhnke. – Dann beginnt Herr Kollege Wesener. – Bitte sehr!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Erst einmal ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Ich beginne, Frau Staatssekretärin, mit dem Ausräumen von Missverständnissen. Sie haben mich in der Tat falsch verstanden. Mir ist bewusst, dass das Konzept öffentlich ist. Es hat eine Weile gedauert zwischen der Vorstellung des ersten Entwurfs im Haus der Kulturen der Welt und der Veröffentlichung. Da waren wir etwas ungeduldig. Frau Dr. Bauche hat es aber eben erwähnt, der wissenschaftliche Beirat hat sich noch mal intensiv mit dem Konzept beschäftigt, und das ist auch gut. Gemeinhin melden wir hier Sachen zur Besprechung an, die vorliegen. Das letzte Mal mit dem Bibliothekskonzept ist uns gemeinsam nicht in so guter Erinnerung.

Umgekehrt hoffe ich, dass ich Sie falsch verstanden habe, wenn Sie sagen, dieses Konzept lässt sich nur zusammen mit dem Bund umsetzen. Da sind meine Fraktion und ich dezidiert anderer Meinung. Ich glaube, wir sind uns einig, es ist wünschenswert, wenn der Bund konzeptionell, finanziell und allgemein erinnerungspolitisch mit Berlin an einem Strang ziehen würde. Es gibt auch Forderungen. Ich nenne mal den zentralen Gedenk- und Lernort, wo das zumindest naheliegt. Ich kenne zumindest die Debatte über diesen Ort auch immer als Debatte über einen nationalen Gedenk- und Lernort. Da würde ich Ihre Einschätzung gelten lassen, aber ansonsten, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, sind das viele alte und zum Teil neue Forderungen, wo ich sehr wohl der Meinung bin, dass das Land Berlin und seine Bezirke in die Umsetzung gehen können und keineswegs auf den Bund warten müssen. Ich will das jetzt nicht durchdeklinieren, aber wir haben auch in der Vergangenheit als Land Berlin schon Schritte unternommen, ohne uns von anderen abhängig zu machen. Andere Länder und Kommunen zeigen übrigens auch, dass es Mittel und Wege gibt. Insofern mögen Sie vielleicht noch mal etwas dazu sagen. Ich fände es misslich, wenn wir hier rausgehen und ge-

meinsam feststellen, wir können eigentlich gar nichts tun, solange sich der Bund nicht bewegt. Dass es im Bund in den letzten Jahren nicht schnell genug vorangekommen ist, ist, glaube ich, Konsens, dass es gerade aktuell besonders langsam vorangeht. Ich denke etwa an die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts, wo das Thema Kolonialismus wieder herausgefallen ist. Das ist eine Situation, wo wir uns erst recht nicht abhängig machen dürfen von dem machen oder Nichtmachen Dritter.

Ich hab es angedeutet, uns interessiert vor allem die Umsetzung. Ich beginne mal mit dem Technischen. Wir alle wissen, die Haushaltssituation ist schwierig. Wir alle wissen, dass es Maßnahmen gibt, die man sicherlich nicht von heute auf morgen umsetzt, aber hier steht natürlich eine ganze Reihe von Dingen drin, wo wir uns wünschen würden, dass die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen. Da geht es um Strukturen, aber auch um Personal und Geld, und deswegen auch noch mal, damit wir alle auf einer Grundlage unterwegs sind, die Frage: Mir sind vier verschiedene Maßnahmen bekannt, wo öffentliche Mittel fließen. Das ist die bereits erwähnte Koordinierungsstelle. Das sind Mittel aus dem Einzelplan 13, also nicht Kultur. Die sind meines Erachtens für 2026/2027 gekürzt worden, allerdings in einem überschaubaren Rahmen. Es gibt eine Fortschreibung, ich weiß aber nicht, ob es 1,5 oder 3 Prozent sind. Es ist auf jeden Fall etwas weniger Geld.

Dann haben wir die Mittel für die Bezirksmuseen, 150 000 Euro, die im Einzelplan 27 versteigert worden sind. Darüber sind wir sehr froh, weil gerade diese dezentralen Ausstellungen gezeigt haben, nicht nur, was es für eine Vielzahl an Themen gibt, sondern auch, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, unterschiedliche Facetten von deutscher und Berliner Kolonialvergangenheit aufzuarbeiten. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Die werden meines Wissens im Haushaltsplanentwurf im Einzelplan 27 explizit benannt. Anders sieht es mit der Geschäftsstelle aus. Bei der Geschäftsstelle beim Stadtmuseum hatten wir im aktuellen Haushaltsplanentwurf in dem entsprechenden Titel in der Erläuterung genau diesen Hinweis auf die 100 000 Euro. Der fehlt, Frau Staatssekretärin, in Ihrem aktuellen Haushaltsplanentwurf. Der steht nicht drin. In der Erläuterung ist der Link zu der Geschäftsstelle nicht gegeben. Deswegen hätte ich gern von Ihnen die Bestätigung, dass diese Mittel fortgeschrieben werden, denn das ist Teil der Zuwendung an das Stadtmuseum. Wie gesagt, man muss es nicht in den Haushaltsplanentwurf reinschreiben, aber wir hätten gern gemeinsam die Gewähr, dass diese Mittel weiter zur Verfügung stehen.

Last but not least: Es ist ein wichtiges Thema angesprochen worden im Zusammenhang mit Restitution et cetera. Das sind die Mittel für die Provenienzforschung, die offenbar leider drastisch gekürzt worden sind. Vielleicht können Sie, weil das auch ein Sammeltitel ist, noch mal etwas dazu sagen: Wie viel Geld steht denn jetzt wirklich in 2026 fortfolgende für Provenienzforschung zur Verfügung, die nicht die zwingende Voraussetzung, aber eine wissenschaftliche Voraussetzung ist, um die Rückgabe von Raubkunst beziehungsweise Objekten aus kolonialen Unrechtskontexten überhaupt erst möglich zu machen. Das ist das Thema Finanzierung. Da freue ich mich über sachdienliche Hinweise.

Ansonsten würde mich schon noch mal interessieren, welche der verschiedenen Maßnahmen denn jetzt von der Senatsverwaltung angegangen werden. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen, aber es sind in dem Konzept neben dem zentralen Gedenk- und Erinnerungsort diese drei Unterkapitel. Ich nenne mal das wichtige Thema dezentrale Erinnerungslandschaft, wo sich sehr viel vorstellen lässt. Vielleicht können Sie uns da mitteilen, welche dieser Vorschlä-

ge Sie als Nächstes aufgreifen und dann im besten Fall auch in den nächsten zwei Jahren umsetzen werden.

Mich würde ferner interessieren – das geht ebenfalls an die Senatsverwaltung –, wie sich eigentlich die ressortübergreifende Zusammenarbeit darstellt. Wir reden heute über das gesamtstädtische Erinnerungskonzept. Wir reden aber auch über die Drucksache 19/0954 aus dem April 2023. Da möchte ich mich übrigens auch bei den Verwaltungen bedanken. Da haben acht Verwaltungen inklusive der Senatskanzlei damals dargelegt, was sie eigentlich in dem Bereich Dekolonialisierung machen. Ich betone das deswegen, weil wir von Anfang an gesagt haben, Dekolonialisierung ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Es ist natürlich wichtig, dass das in der Arbeit der Kulturverwaltung eine überragende Rolle spielt, aber wir werden hier nur dann vorankommen, wenn es wirklich gelingt, in der interministeriellen Zusammenarbeit dieses Thema voranzubringen. Im April 2023, wie gesagt, haben acht Verwaltungen dargelegt, was sie vorhaben. Da würde mich jetzt, zweieinhalb Jahre später, interessieren, wie der aktuelle Stand der Dinge ist.

Vielleicht als letzte Frage an die Senatsverwaltung: Was ist denn formell geplant? Gibt es beispielsweise eine Fortschreibung dieser Drucksache 19/0954 an Aktualisierungen im Zusammenhang auf das vorliegende gesamtstädtische Erinnerungskonzept? Was ist mit dem Erinnerungskonzept selbst? Frau Dr. Bauche hat angedeutet, es gibt den Wunsch – korrigieren Sie mich –, dass das auch noch mal beschlossen oder noch mal bekräftigt wird vom Abgeordnetenhaus. Das liegt uns vor, Frau Staatssekretärin, aber gibt es da noch mal eine Mitteilung – zur Kenntnisnahme –, also einen formellen Vorgang, wo man das dann noch mal beispielsweise in einer Plenarsitzung behandeln kann? Wie ist die praktische, aber auch die formale Weiterentwicklung des jetzt vorliegenden Konzepts?

Dann zu den Anzuhörenden: Da hätte ich zum einen die Frage: Wo sind noch mal neue Aspekte, oder wenn nicht neu, dann doch Aspekte, die in der Vergangenheit nicht so stark im Fokus waren, in das Erinnerungskonzept eingegangen? Ich will ein Beispiel nennen, korrigieren Sie mich gern, wo ich sage, das ist auch noch mal inhaltlich konzeptionell eine echte Bereicherung. Wenn wir in den letzten Jahren über die Aufarbeitung von kolonialem Unrecht, überhaupt über die Kolonialisierung geredet haben, dann war doch der Fokus sehr stark auf die ehemaligen deutschen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent gerichtet. Ich habe den Eindruck, dass Sie ganz bewusst hier auch noch mal andere Akzente beziehungsweise andere Perspektiven geographischer Art aufwerfen. Es gibt den Abschnitt zum asiatischen Kontinent beziehungsweise zum pazifischen Raum. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, inwieweit hier auch noch mal neue Perspektiven eingeflossen sind, die zumindest in den vergangenen Jahren in der Berliner erinnerungspolitischen Arbeit nicht so eine starke oder sogar unterbelichtete Rolle gespielt haben.

Dann würde mich die Dekolonialisierung von Institutionen interessieren. Herr Dr. Diop! Ich finde es natürlich großartig, dass Sie bei einer dieser relevanten Institutionen quasi schon direkt dabei sind, also Stiftung Stadtmuseum. Wir haben aber bekanntlich auch eine ganze Reihe von anderen großen Institutionen, Erinnerungsinstitutionen in dieser Stadt, insbesondere natürlich auch Sammlungsbestände, von denen wir wissen, dass es hier in erheblichem Umfang Kunst beziehungsweise Human Remains aus Unrechtskontexten gibt. Vielleicht können Sie da noch mal ausführen: Welche Form der Zusammenarbeit und vielleicht auch der Öffnung erwarten Sie? Da ist das Land Berlin entweder alleiniger Träger beziehungsweise Zuwendungsgeber oder, wie bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, zusammen mit dem Bund in zentraler Verantwortung. Da würde ich mich auf jeden Fall über weiterführende Hinweise freuen.

Dann noch als letzte Frage, ebenfalls an die Anzuhörenden: Der zentrale Erinnerungs- und Lernort ist eine Diskussion, die begleitet mich auch schon ein paar Jahre. Ich freue mich, dass Sie vor allem noch mal konkrete Vorschläge machen. Es gibt eine ganze Reihe von Orten, die in der Diskussion immer wieder aufgetaucht sind. Ich habe das mit Gewinn gelesen, weil neue Vorschläge dabei sind. Da frage ich mich in der Tat so ein bisschen: Wie kommen wir voran? Wir wissen von den großen Gedenkstätten, von den großen Erinnerungs- und Lernorten, auch gerade als nationale Orte, dass das alles lange und zum Teil schwierige Prozesse waren. Wir haben eine ganze Reihe Beschlüsse des Deutschen Bundestages, die immer noch auf ihre Umsetzung wartet, wo teilweise die konkreten Orte fehlen, die Finanzierung, aber auch das Konzept. Mein Problem ist, und da will ich niemanden von den demokratischen Parteien und auch keine Ebene aus der Verantwortung lassen, dass ich in den letzten Jahren die Wahrnehmung hatte, dass wir es ein bisschen mit Pingpong zu tun haben, das Land immer sagt: Wir brauchen den Bund, was ich bei diesem Thema nachvollziehen kann, der Bund sagt: Wir warten aber mal ab, was das Land macht, und umgekehrt. Das ist eine Systematik oder ein Teufelskreis, aus dem wir dringend raus müssen. Da ist mir bisher noch nicht eingefallen oder habe bisher keine Idee, wie ein Impuls gelingt, dass hier wirklich alle Beteiligten an einem Strang ziehen und erste Schritte unternehmen. Ich glaube, so wie in den vergangenen Jahren, dass alle mal einen halben Schritt vor und wieder zurück und dann doch wieder auf den anderen zeigen, ist kein Erfolgsrezept, sondern da brauchen wir einen anderen, klügeren Plan, um diesen zentralen Erinnerungs- und Lernort auch wirklich zu etablieren. Vielleicht können Sie uns auch diesbezüglich noch die eine oder andere Idee mit auf den Weg geben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Herr Kollege Wesener! – Es folgt Frau Kollegin Dr. Schmidt. – Bitte sehr!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vieles hat mein Kollege schon gesagt. Ich will trotzdem noch mal etwas ganz besonders hervorheben. Es ist nicht so ganz gewöhnlich, dass Konzepte von der Zivilgesellschaft erarbeitet werden und in einem breiten Partizipationsprozess entstehen. Von daher ist genau dieses Konzept etwas ganz Besonderes, und es ist wohlwollend von der Politik aufgenommen worden. Jetzt ist es an uns, es auch gut umzusetzen. Von daher bin ich gespannt auf das, was schon gestartet ist beziehungsweise wie wir es gemeinsam umsetzen wollen. Natürlich gibt es einige Dinge, die man auch im Land Berlin tun kann und sicherlich auch tun wird in der Umsetzung eines solchen Gedenkkonzeptes. Ich erinnere nur daran, dass es manchmal ganz kleine Schritte sind, die schon vieles möglich machen. Wir haben in der Wilhelmstraße die Stele der afrikanischen Vereine. Ich glaube, wenn es gelingt, sie sichtbarer zu machen – im Moment ist sie unter einem Baum versteckt –, kann man das gerade an diesem historischen Ort sehr gut mit dem verschränken, was in der Wilhelmstraße an Gedenkort da ist. Wenn Touristen kommen, wird an den Hitler-Bunker gedacht, es wird an den Terror des Holocaust gedacht, aber diese Stele zeigt auch ein Stück Geschichte dieser Stadt. Ich glaube, da ist schon eine Menge mehr möglich.

Zum Gedenkort ist schon eine Menge gesagt worden, Koordinierungsstelle, Geschäftsstelle, wobei ich es gut finde, wenn Sie, Herr Dr. Diop, immer davon sprechen, es braucht gar nicht so sehr den Geschäftsführer und die Geschäftsstelle. Es braucht das Team, das es umsetzt. Das haben Sie in diesem breiten Beteiligungsformat auch deutlich gemacht. Sie haben noch einen interessanten Vorschlag gemacht, und ich glaube, da können wir uns gut auf den Weg machen, weil es gar nicht mit so viel Geld verbunden ist, und zwar ist es dieser Gedenktag. Es gibt zu vielen Dingen Gedenktage. Warum nicht auch zu kolonialer Vergangenheit? Ende Februar gibt es Ihren Gedenkmarsch, der seit 20 Jahren schon regelmäßig durchgeführt wird. Dann könnte man sagen, Ende Februar führt das Land Berlin – wir haben den 8. März als Feiertag eingeführt, es braucht nicht immer gleich einen Feiertag – genau zu dieser Geschichte einen Gedenktag ein. Da wäre meine Frage: Welcher Schritte bedarf es, um das vielleicht auch kurzfristig umzusetzen? Das Geld kann es an der Stelle nicht vordergründig sein, das dann hindert. Von daher die Frage auch an Sie als Anzuhörende: Welche Dinge wären aus Ihrer Sicht wirklich kurzfristig umsetzbar, um koloniale Vergangenheit, um die Geschichte an dieser Stelle etwas sichtbarer zu machen als sie im Moment ist, denn ich habe ein Stück weit die Sorge, wir erleben gerade ein Stück weit ein Roll-back?

Es gab eine Zeit, da haben sich viel mehr Menschen mit kolonialer Vergangenheit auseinandergesetzt. Im Moment wird es wieder etwas stiller um diese Auseinandersetzung. Ich fände es schade, wenn wir dort nachlassen. Deshalb meine Bitte, meine Frage: Was ist tatsächlich kurz-, mittel- und langfristig umsetzbar? Da braucht es Konzepte. Da bin ich auf die Ausführung der Staatssekretärin gespannt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank! – Herr Abgeordneter Trefzer, bitte!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für ihre engagierten Statements! Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit ist auf jeden Fall eine gute Sache. Es gibt aber natürlich auch ein paar kritische Aspekte und auch

ein paar kritikwürdige Prämissen bei diesem Thema. Wir hatten uns darum bemüht, einen Anzuhörenden zu finden, der das kritisch gewürdigt hat. Wir haben zum Beispiel an Mathias Brodkorb gedacht, der so eine Art Philippika über postkoloniale Mythen geschrieben hat. Er konnte aus gesundheitlichen Gründen leider nicht kommen. Wir hatten Hermann Joseph Hiery versucht anzufragen, der bei dem Thema Samoa und auch im asiatischen Raum sehr intensiv geforscht hat. Das hat leider auch nicht geklappt. Deswegen werde ich jetzt mal ein paar kritische Argumente und ein paar kritische Reflexionen auf dieses Thema bringen, weil es jetzt durch die Anzuhörenden nicht möglich war.

Erstens natürlich die Frage: Wer ist eigentlich zuständig? – Damals war es für die Kolonialpolitik das Deutsche Reich, wie wir alle wissen. Der Rechtsnachfolger wäre jetzt die Bundesrepublik Deutschland und nicht primär das Land Berlin. Es ist also immer auch die Frage, inwieweit, wenn man diese Fragen adressiert, man den Bund einbeziehen kann, denn ich glaube, eine historisch adäquate Würdigung kann ohne die Bundesseite, allein von der Seite des Landes aus nicht funktionieren. Das war nicht die Stadt Berlin oder Preußen alleine, sondern es war das Deutsche Reich, das dafür verantwortlich war.

Was mich am meisten irritiert bei diesen ganzen Debatten um die Aufarbeitung des kolonialen Erbes und des Postkolonialismus ist das, was ich als die Marginalisierung der Wahrheitsfrage bezeichnen würde. Man hat manchmal den Eindruck, es geht gar nicht darum, die Frage zu beantworten: Was war eigentlich wie, sondern es geht mehr darum, Betroffenheit in irgendeiner Art und Weise zu vermitteln. Es geht darum, subjektive Erfahrungen deutlich zu machen. Es geht darum, subjektive Transformationen zu verarbeiten und weniger darum, rein wissenschaftlich und rational zu fragen: Was war eigentlich, und das irritiert mich bei dieser ganzen Debatte sehr stark, und da bin ich nicht der Einzige aus dem wissenschaftlichen Bereich, der das so sieht. In dem Zusammenhang stellt sich die Frage: Wer ist überhaupt erkenntnis- oder auch sprechfähig zu diesem Thema? Da gibt es natürlich schon ein paar irritierende Stellungnahmen auch aus dem Bereich der kolonialen Aufarbeitung, denen man entnehmen kann, dass Weiße eigentlich gar nicht kompetent wären, dazu irgendetwas Entscheidendes zu sagen. Offensichtlich sind die Nachkommen der kolonialisierten Gemeinschaften da in der Poolposition, diese Fragen aufzuarbeiten. Wie sehen Sie das? Gibt es durch Schwarze, Indigene oder People of Color da einen privilegierten Zugang zu diesem Thema, das Thema von der Erkenntnisseite tiefer zu durchdringen als Weiße, oder kann das jeder im Prinzip genauso?

Viele von Ihnen aus der Community, das, was sich Zivilgesellschaft nennt, sind zumeist aus der Black Community, und da fragt man sich natürlich: Gibt es einen privilegierten Zugang, oder warum eignen ausgerechnet Sie sich dieses Thema so massiv an? Man müsste ja erst mal denken: Wo ist denn da die unmittelbare Betroffenheit? Viele von Ihnen sind gar keine Nachkommen dieser Gesellschaften der ehemaligen deutschen Kolonien. Sie sind Schwarze, Sie sind People of Color, Sie sind indigen. Das würde ich schon mal etwas kritischer hinterfragen. Was ist da der privilegierte Zugang, sodass Sie sich als Sprecher dieser afrikanischen Gesellschaften darstellen?

Was mich auch irritiert bei diesem Thema, ist, dass viele Fakten oftmals in dieser Diskussion unter den Tisch fallen oder ausgeblendet werden, nicht wirklich vorkommen und das sehr stark in Schwarz-Weiß-Schablonen gearbeitet wird. Was in diesem ganzen postkolonialen Erinnerungskonzept überhaupt nicht auftaucht, ist beispielsweise der innerafrikanische Skla-

venhandel, die innerafrikanische Sklaverei und die ganze Gewaltgeschichte Afrikas auch vor der Kolonialisierung. Es wird von Brodkorb und einigen anderen, die das auch polemisch angehen, dieses Thema immer wieder adressiert, und da habe ich gelesen, auch bei Brodkorb, dass es teilweise von postkolonialen Akteuren so dargestellt wurde, dass es überhaupt keine Sklaverei gegeben hätte, bevor die Kolonialmächte dort aufgeschlagen sind. Da sollte man einfach auch mal zur Kenntnis nehmen in der wissenschaftlichen Forschung, dass es Sklaverei in sehr großem Ausmaß auch schon bevor die Kolonialmächte dort aktiv gewesen sind, bevor das Deutsche Reich 1884 dort aufgeschlagen war, in ganz großem Maße gab. Viel größere Zahlen übrigens durch arabische Sklaverei. Araber haben auch Weiße versklavt. Goethe ist durch Italien gereist und hat berichtet, dass Lösegelder für die Befreiung von Sklaven gesammelt wurden. Das ist eine sehr umfassende Diskussion, die hier geführt werden müsste, und das sehe ich jetzt nicht unbedingt. Wenn Sie beispielsweise an die Reichstagsdebatten denken, wo Bismarck immer wieder gesagt hat, er will überhaupt keine Kolonialpolitik verfolgen. Oder denken wir an die Debatte, an die Resolution, die Windhorst im Dezember 1888 eingebracht hat, die explizit gegen die Sklaverei gerichtet war und gegen den Sklavenhandel in Afrika. Dann gab es auch den Aufstand der Sklavenbesitzer im ehemaligen Deutsch-Ostafrika 1888/1889. Das passt nicht in so eine schwarz-weiße Erzählung. Da fehlt mir ein bisschen die Reflexion auf genau diese etwas querliegenden Themen.

Die Generalthese, die bei der postkolonialen Aufarbeitung so ein bisschen dahinter steht, ist, dass der Kolonialismus auch die heutigen Gesellschaften massiv prägt und auch weiter wirkt. Das stelle ich überhaupt nicht in Abrede, dass das so ist. Natürlich wirkt das weiter und prägt, aber wir müssen uns schon differenzierter damit auseinandersetzen, auf welche Art und Weise das passiert und wie weitreichend das auch ist. Also diese sehr allgemein formulierte Generalthese, die nicht Sie vertreten, aber die immer wieder vertreten wird, dass es eine sehr große Generalsschuld der europäischen Länder gibt und dass der globale Süden da im Grunde nur das Opfer ist und dass der Wohlstand der Industrieländer, das ist auch eine weit hergeholt These, bis heute auf der Ausbeutung des globalen Südens fußt. Auch das würde ich gerne ein bisschen weitergehend hinterfragen, weil das einfach viel zu weitgehend ist und überhaupt nicht stimmt. Es gab natürlich auch positive Transferleistungen. Es gab Wissenschaft und Rationalität, die auch von der afrikanischen Community aufgegriffen und weitergetragen worden sind. Das war ein Wechselspiel. Es war natürlich auch Gewalt und Unterdrückung, überhaupt keine Frage, aber es war beides, und die Behauptung, dass es diese Globalschuld gäbe und bis heute diese Last, das geht mir zu weit.

Was ich gerade gesagt habe, diese Anmaßung, dass Schwarze, People of Color und Indigene hier einen besonderen Zugang zu diesem Thema haben, ist, wenn man es mal ehrlich sagt, umgekehrter Rassismus. Das ist einfach nur umgedreht. Es ist quasi ein Fortleben dieser Stereotype, einfach nur unter anderem Vorzeichen, auch Fortwirken von Dingen wie Exotisierung von Schwarzen Menschen. Das spielt auch ein bisschen damit rein, auch in der heutigen Aufarbeitung. Auch das würde ich gerne stärker reflektiert wissen.

Dann hat man in Berlin auch die Umbenennung der Mohrenstraße. Das ging nun wirklich in die Hose. Dieser Kampagnencharakter, den das angenommen hatte, war wirklich schlimm, und auch da hatte ich nicht den Eindruck, dass es wirklich um die Wahrheit geht. Wir alle haben den Artikel von Herrn Prof. Thomas Sandkühler gelesen in den Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, der eine ganz andere Geschichte auch von Anton Wilhelm Amo darstellt und die Frage aufwirft, wie berechtigt eigentlich diese Benennung jetzt noch

ist, nachdem man mit gutem Grund annehmen kann, dass Anton Wilhelm Amo auch Nachfahre von Sklavenhändlern gewesen sein könnte. Auch das wurde mir viel zu wenig reflektiert, und dann wurde mit der pejorativen Vorannahme gearbeitet, dass die Mohrenstraße per se, dieser Begriff, pejorativ gemeint gewesen wäre, und ich glaube, die historische Wissenschaft hat ganz klar gezeigt, dass das nicht der Fall war. Das ist ideologisch und politisch aufgeladen worden, und auch das gibt natürlich zu denken, wenn man den Anspruch erhebt, das Ganze vernünftig und rational aufarbeiten zu können.

Dann komme ich zu einem ganz entscheidenden Punkt, und das ist das, was leider nicht reflektiert wurde, die Schlagseite beim Thema Antisemitismus, der postkolonialen Aufarbeitung. Wir erinnern uns alle, was bei der Documenta Fifteen passiert ist. Es gibt mittlerweile sehr gute Literatur zu diesem Thema. Sie alle kennen wahrscheinlich den Band von Ingo Elbe „Antisemitismus und postkoloniale Erinnerung“. Da würde ich darum bitten, dass diese Thesen in so einem Erinnerungskonzept auch mal kontrovers diskutiert werden. Das muss doch diskutiert werden, wenn namhafte Vertreter der Wissenschaft sagen, dass es da ein Problem gibt. Sie kennen all diese Zitate von führenden Vertretern der postkolonialen Theorie, die sich antisemitisch geäußert haben. Es gab alle diese Probleme vor allem seit dem 7. Oktober 2023, sodass ich also nicht verstehe, warum Sie dieses Thema nicht diskutieren und einordnen. Es gibt den Vorwurf der Holocaust-Relativierung. Es gibt da manche Äußerung, die wirklich schräg ist im Zusammenhang mit postkolonialen Debatten. Ich sehe auch hier in dem Vorwort, dass selbst der Beirat hier eine Parallele zieht zwischen dem Thema Geschichte des Kolonialismus, eng verbunden mit der mörderischen Kolonialpolitik des NS-Regimes. Da müsste man schon mal darstellen, wie das zusammenhängt. Es ist nicht einfach so, das B aus A hervorgegangen ist oder dass es da zwangsläufige Abfolgen gab. Das steht so nicht da. Das haben andere teilweise auch so gesagt. Es gibt da eine sehr starke These. Auch da hätte ich mir gewünscht, dass Sie das auch reflektieren in so einem Erinnerungskonzept und nicht einfach ausblenden.

Die Zivilgesellschaft, wie es so schön heißt, hat dieses Konzept ausgearbeitet. Das ist auch ihr gutes Recht, das so gemacht zu haben. Allerdings sind wir jetzt nicht die Befehlsempfänger oder dazu verdammt, das zu exekutieren. Ich denke, wir haben das Recht, das kritisch zu reflektieren, kritisch zu hinterfragen und dann vielleicht auch das eine oder andere noch miteinfließen zu lassen oder auch zu ergänzen.

Ich will noch mal kurz, Frau Dr. Suda, auf Ihre tagespolitischen Äußerungen eingehen. Sie haben Gießen erwähnt. Ich glaube, das war an der Stelle nicht wirklich notwendig. Ich will Sie einfach mal daran erinnern. Ich hatte gerade einen sehr interessanten Artikel gelesen zu dem Thema Faschismus und postkoloniale Theorie, und da hat der Autor die Theorie aufgestellt beziehungsweise die sehr gut nachvollziehbare These, dass viele prominente Vertreter der kolonialen Aufarbeitung und des Postkolonialismus eine sehr enge Beziehung zum Nationalsozialismus hatten. Große historische Gestalten des Kampfs gegen den Kolonialismus, Subhash Chandra Bose, Sukarno, oder denken Sie an den Mufti von Jerusalem, die waren enge Freunde von Hitler. Wenn Sie da also einfach so in den Raum stellen, das wäre ganz normal, das politisch so zu instrumentalisieren, da würde ich Sie daran erinnern, auch diese Fragen ein bisschen ehrlicher und selbstkritisch zu reflektieren.

Vielleicht last but not least doch noch ein paar positive Aspekte aus diesem Erinnerungskonzept, die auch wir mittragen. Da ist zum einen selbstverständlich immer wieder die Prove-

nienzforschung wichtig. Wir wissen alle, dass es zehntausende Artefakte in unseren Museen gibt, die noch nicht wirklich nachvollziehbar zugeordnet sind. Das halte ich für absolut richtig, dass da auch Geld in die Hand genommen wird, um diesen Provenienzen entsprechend zuzuordnen und feststellen zu können, in welchem Zusammenhang die in die deutschen und Berliner Museen gekommen sind. Natürlich ist die Rückführung menschlicher Gebeine auch ein ganz entscheidendes wichtiges Anliegen. Das habe ich an dieser Stelle auch immer wieder gesagt. Auch das muss man allerdings mit der entsprechenden Sensibilität machen und schauen, ob das jeweils sinnvoll ist. Ich hatte einen Artikel gefunden, auch von Hermann Joseph Hiery, den Sie auch benannt hatten, der nicht mehr kurzfristig kommen konnte, der darauf hinwies, beispielsweise gerade in den asiatischen Communities oder auf Samoa, dass es sehr problematisch wäre, diese Gegenstände zurückzugeben. Er schreibt: Die Vorstellungen wären vollkommen fatal, dass das zurückgegeben werde. Bei einer Konferenz von Vertreter des Pacific Arts in Vanuatu hätten die Teilnehmer, Repräsentanten Melanesiens nachdrücklich davor gewarnt, diese Dinge zurückzugeben. Das hätte eine Bedeutung gehabt. Es wäre eine Beziehung aufgebaut worden. Es bringe Unglück. Es gibt da Vorstellungen wie: Weiße seien bei diesen Dingen übers Ohr gehauen worden. Man müsste dann schon genauer hinschauen und nicht einfach pauschal sagen: Wir restituieren alles. Aber das ist sicherlich ein wichtiger Punkt, da gebe ich Ihnen recht, die Gebeinen, sofern es sinnvoll ist, zurückzugeben.

Natürlich ist auch die Rehabilitierung von Justizopfern ein ganz entscheidender wichtiger Punkt. Das haben Sie auch in Ihrem Konzept drin. Rudolf Duala Manga Bell ist da der prominenteste Fall. Da sind Dinge drin, die auch einen Ertrag versprechen. Die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit, die koloniale Aufarbeitung ist wichtig, aber sie muss ein bisschen kritischer erfolgen und mit ein bisschen mehr Selbstreflexion. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Es folgt der Kollege Dr. Juhnke.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, die Aspekte der historischen Aufarbeitung und Kontextualisierung von Kolonialgeschichte sind spannende Punkte. Die gibt es übrigens auch schon seit vielen Jahrzehnten. Das ist jetzt keine Neuigkeit, dass es plötzlich die Auseinandersetzung mit der Frage des deutschen Kolonialismus gäbe, sondern es gibt schon seit vielen Jahren damit eine sehr fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung. Bei der heutigen Debatte habe ich manchmal den Eindruck, dass da eine politische Agenda mitschwingt, und das sind insbesondere Dinge, die ich nicht gut finde. Von daher ist es wichtig, dass man das in dem Zusammenhang auch vernünftig macht. Die Ausführungen der Anzuhörenden haben mich heute darin bestärkt, dass der Umgang mit dieser Sache problematisch ist.

Es ist auch völlig unstrittig, dass wir das Thema Restitution auf unsere Fahnen geschrieben haben. Das steht auch im Haushalt so drin, und das ist auch etwas, wozu es ein Eckpunktepapier der Kulturminister der Länder gibt, und das wird natürlich auch von unserer Fraktion unterstützt, und dass sich der Senat daran hält, darauf achten wir natürlich. Das Thema Dekolonialisierung als solches hat sich mir noch nie erschlossen in seinem heuristischen Potenzial. Auch die Ausführungen, die Sie heute hier dazu gebracht haben, konnten mich erneut nicht überzeugen. Das aber nur am Rande.

Ich möchte die Debatte gar nicht weiter verlängern. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir das Global Village in Berlin haben, wo es auch ein Denkzeichen gibt, das mit erheblichen

Geldern des Landes Berlin in den vergangenen Jahren unterstützt wurde. Das ist fast eine Million gewesen. Also ich denke, da gibt es schon etwas, auf das man verweisen kann als entsprechenden Gedenkort oder auch als entsprechendes Symbol dieser Auseinandersetzung. Die einzige Frage, die ich in diesem Zusammenhang an Sie habe, ist ganz kurz. In welcher Form finanzieren Sie sich durch staatliche Mittel für Ihre Aufgaben, die Sie aktuell in diesem Zusammenhang durchführen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Juhnke! – Herr Walter, bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch, dass ich heute hier die Gelegenheit habe, auch kurz Fragen zu stellen, was ich sehr gerne wahrnehme. Ich wollte vorab ganz kurz sagen: Wir haben die Debatte dazu 2018 im Parlament geführt anlässlich des Antrags für ein gesamtstädtisches Erinnerungskonzept. Herr Dr. Juhnke! Ich finde es ehrlicherweise schade, dass die Position, die Sie heute vorgetragen haben, sich absolut nicht von der von 2018 unterscheidet. Ich hätte gehofft, das meine ich sehr ernst, dass sich in der Sache selbst doch etwas bewegt hätte und in der Frage, welchen Nutzen das auch für das Land Berlin hat angesichts der historischen Verantwortung.

Herr Trefzer! Bei Ihnen war das genauso wenig überraschend. Sie haben das heute nur noch mal länger vorgetragen, aber im Kern haben Sie das auch schon mehrfach dem Parlament gesagt. Ich kann nur festhalten, und ich hoffe, ich mache das zusammen mit den demokratischen Fraktionen, dass das die übliche Relativierung der deutschen Verantwortung, des deutschen Imperialismus, des deutschen Kolonialismus ist und heute auch noch mal besonders der Schwerpunkt von Rassismus in unserer Gesellschaft. Das möchte ich natürlich entschieden zurückweisen.

Damit komme ich zu zwei kurzen Fragen, die sich beide an den Senat richten. Die eine Frage ist: Es gibt einen weiteren Prozess, den das Land Berlin gerade verfolgt und auch mit Konzepten und Maßnahmen unterlegt, und zwar ist das die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft. Vor etwa genau einem Jahr haben die Vereinten Nationen erneut beschlossen, eine solche UN-Dekade durchzuführen, nachdem sie Ende 2024 zum Ende gekommen ist. Das heißt, sie ist noch mal um weitere zehn Jahre verlängert worden, um die Maßnahmen und auch die Ziele der bisherigen UN-Dekade noch mal mit besonderer Intensität umzusetzen. Deutschland hat dem ebenfalls zugestimmt und damit ist auch das Land Berlin wieder gefragt. Das liegt vor allem in der Verantwortung der Senatsverwaltung für Vielfalt und Antidiskriminierung, und in dem Sinne frage ich auch noch mal nach, auch wie mein Kollege es schon gemacht hat, was ressortübergreifende Maßnahmen angeht beziehungsweise auch Gespräche, ob Sie da mit der Senatsverwaltung für Vielfalt und Antidiskriminierung in Kontakt sind, um da gegebenenfalls auch gemeinsam Sachen abzustimmen. Es gibt in der Tat auch Parallelen, was Forderungen angeht, im Sinne der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte bis hin zu konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung dann auch von Rassismus.

Die zweite Frage steht im Rahmen des Jubiläums der Städtepartnerschaft. Sie hatten eingangs auch kurz dazu berichtet, dass es dazu den Besuch in Windhuk gab. Das war dieser Zeitraum, wo auch das Erinnerungskonzept veröffentlicht worden ist, was uns sehr gefreut hat. Gleichzeitig gab es in den Medien die Frage oder die Irritation, inwieweit der Genozid an den Nama und Herero dort auch Thema war und inwieweit der Regierende Bürgermeister und auch die Kultursenatorin dort zum einen die Gedenkstätten sich angeguckt hätten beziehungsweise

auch dort Äußerungen der Verantwortungsübernahme getätigt haben. Es wurde kritisiert, dass das nicht erfolgt ist. Deswegen wäre meine Nachfrage, ob der Senat das noch nachholt, da die deutsche Verantwortung in der Verschränkung der Verantwortlichkeiten des Landes Berlin liegt und wir wissen, dass unter anderem die sogenannte Afrikakonferenz in Berlin stattgefunden hat, hier klare und auch anerkennende Wort zu finden, was die deutsche Verantwortung in Bezug auf den Genozid angeht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Herr Kollege Walter! – Es folgt Frau Kollegin Dr. Kahlefeld. – Bitte!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Ich habe eine kurze und sehr konkrete Frage, die sich vor allen Dingen an den Senat richtet. Die Arbeit an der Dekolonialisierung macht natürlich nur dann Sinn, wenn man mit Menschen aus den ehemaligen Kolonien zusammenarbeitet, mit Expertinnen und Experten, mit Künstlerinnen und Künstlern, und natürlich bekommt jemand wie Chimamanda Ngozi Adichie sofort ein Visum, wenn sie bei der Eröffnung des Humboldt Forums spricht. Aber wie ist das mit den anderen? Setzen Sie sich dafür ein, dass Menschen aus den ehemaligen Kolonien zu Fachveranstaltungen oder auch repräsentativen Veranstaltungen kommen können?

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank! – Dann noch Frau Kollegin Dr. Schmidt. – Bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Ich habe keine Frage, aber nach den Ausführungen des Kollegen Trefzer war es mir ein Bedürfnis, hier noch einmal deutlich zu sagen: Genauso wie Antisemitismus keine Sache der Jüdinnen und Juden, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ist, sehe ich uns hier ebenfalls in einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, und ich fordere uns auf, das auch ernsthaft als demokratische Fraktionen so umzusetzen. Von der AfD habe ich an der Stelle nichts anderes erwartet.

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Wir kommen nun zunächst dazu, dass der Senat die an ihn gestellten Fragen beantworten kann. Ich interpretiere das mal so, dass Frau Staatssekretärin Richter-Kotowski anfängt. – Bitte sehr, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es war eine ganze Reihe von Anfragen an uns gestellt. Ich versuche sie der Reihe nach abzuarbeiten. Es ging zunächst um die Frage: Was ist denn auch schon zu dem Konzept seit der Verabschiedung passiert? – Um die Frage vorweg zu beantworten: Sowohl bei dem damaligen Konzept als auch auf Arbeitsebene findet kontinuierlich zwischen den Senatsverwaltungen eine gute Zusammenarbeit zu diesem Thema statt. Das ist natürlich jeweils adressiert, wo dann die einzelnen Sachen sind. So zum Beispiel jetzt auch zu dem, was Herr Walter gefragt hat. Die Zusammenarbeit hier findet auch weiterhin statt.

Dann war die Frage: Was ist denn jetzt auch schon in der vergangenen Zeit zu dem Thema gelaufen? – Hier möchte ich noch mal auf das Projekt Dekoloniale verweisen, das ist damals von der Kulturstiftung finanziert worden, das dezentral und kooperativ an verschiedenen Standorten erinnerungskulturelle Projekte, Stadtmarkierungen und Ausstellungen realisiert hat. Hier wurden auch im Zuge dieses Projekts unsere Landesmuseumssammlungen und Aus-

stellungen auf koloniale Logiken und Praktiken befragt. Hier gibt eine ganze Reihe von Sachen – vielleicht, Herr Dr. Steinhuber, halten Sie das auch mal hoch –, um noch mal in Erinnerung zu rufen, was hier auch schon in der Vergangenheit passiert ist.

Es gab dann seit 2020 eine themenspezifische Aufstockung der Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte, um auch kleinere Projekte zu realisieren. Man muss sich einfach auch noch mal vor Augen führen, dass der Sinn solcher Diskussionen nicht immer nur auf höchster Ebene stattfindet und dann ist es weg. Es ist bei diesem Projekt ausdrücklich etwas anderes. Es ist von unten gewachsen, und deswegen ist es auch sinnvoll, hier kleinere Projekte zu stärken. Seit 2020 hat eine themenspezifische Aufstockung des Bezirkskulturfonds stattgefunden, gerade auch zu diesem Thema. Diese Mittel ermöglichen den Bezirksmuseen eine Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte und postkolonialen Gegenwart. Wir sind in den einzelnen Bezirken – – Ich weiß das aus eigener Anschauung, welche Ausstellungen ich dazu eröffnet habe. Da gibt es auch noch Diskussionen oder Ausstellungen oder kleinere Projekte, die über diesen Fonds gelaufen sind.

Dann wurde angesprochen, wir sollten uns nicht darauf zurückziehen, dass wir uns nur auf eine Bundesfinanzierung verlassen. – Nein, das tun wir selbstverständlich nicht, aber, um es noch mal klar zu sagen, wenn man größere Projekte wie zum Beispiel dieses Denkzeichen, das auch eine Zusammenarbeit mit dem Bund gewesen ist, realisieren will, dann wird das nicht ohne Bundesmittel an dieser Stelle gehen. Zum Beispiel die Stellen im Stadtmuseum, weil Sie sagten, die Erläuterungen seien weg: Nein, die Erläuterungen mögen vielleicht weg sein, aber sie sind tatsächlich auch in 2026 und 2027 dafür vorgesehen. Es gibt auch noch mal eine Kofinanzierung, über die wir mit dem Bund gerade verhandeln, um zusätzliche Mittel für das Stadtmuseum zu akquirieren.

Ich will noch etwas zum Thema Provenienzforschung sagen. Das war auch noch eine Frage von Ihnen. Ich weiß nicht, wer es gewesen ist. – Im Jahr 2025 waren es rund 320 000 Euro. In 2026 und 2027 wird hier nicht gekürzt. Es sind insgesamt elf feste Stellen in den verschiedenen Landesinstitutionen, die damit finanziert werden. Das wird auch weitergeführt. Es gab neulich eine sehr interessante Ausstellung zum Thema Provenienzforschung zum NS-Raubgut in der Neuen Nationalgalerie. Es ist sehr spannend, Bilder mal von hinten zu sehen und die Geschichte von hinten zu begreifen, auch wenn man das vordere Bild eigentlich als das bedeutendere ansieht, aber dann über die Rückseite die Geschichte eines solchen Kunstwerkes zu sehen ist. Das ist also auch noch mal eine sehr eindrucksvolle Ausstellung gewesen. Insofern glaube ich, dass wir beim Thema Provenienzforschung als Senat noch mal ein deutliches Zeichen setzen. Dann kann noch der Kollege ergänzen.

Vorsitzender Sven Rissmann: Bitte!

Dr. Jens Homann (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Jens Homann. Ich leite das Referat Außenwirtschaft, europäische Wirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit in der in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe. In meinem Referat gibt es auch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, und die wiederum finanziert die Koordinierungsstelle für einen gesamtstädtischen Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit, die bei uns durch den Träger Decolonize Berlin durchgeführt wird. Sie sprachen es an, das ist vorhin auch schon angeklungen, der Prozess ist ein für die Verwaltung eher untypischer Prozess, da ein großes Konzept auf der Grundlage eines partizipativen Prozesses mit der Zivilgesellschaft entwickelt wurde. Die Senatsvorlage, die Sie angesprochen haben, zum Maßnahmenkatalog ist in Wirklichkeit der Beginn des Dialogs der Verwaltung mit der Zivilgesellschaft, vermittelt durch die Koordinierungsstelle und ist deswegen, anders als andere Maßnahmenkataloge

nicht als ein Maßnahmenkatalog zu verstehen, der veraltet ist und überarbeitet und fortgeschrieben werden müsste. Meines Erachtens ist die Grundlage dessen, worauf wir jetzt aufbauen, tiefergehend, gemeinsam mit der Koordinierungsstelle, und tiefergehend heißt zum einen im Bereich Kultur. Deswegen haben wir heute viel über das Änderungskonzept gesprochen. Andere Bereiche, die angegangen werden, sind vor allem im Bereich Bildung, im Bereich Wissenschaft, aber auch im Bereich Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Das heißt, wir haben noch viele Felder vor uns, die bearbeitet werden. Frau Staatssekretärin hat es gerade schon ausgeführt. Die Verwaltungen stehen mit der Koordinierungsstelle in einem sehr guten Dialog, und auch mit den Bezirken wird das fortgesetzt. Die Koordinierungsstelle ist offen, um die durch das Konzept angeschobenen Prozesse, und ich spreche jetzt von dem gesamtstädtischen Aufarbeitungsprozess, aufzunehmen und mit denen fortzuführen, die auch dazu bereit sind, sowohl in der Zivilgesellschaft als auch in der Verwaltung. Von daher ist das ein Prozess, der noch lange nicht abgeschlossen ist und wo ich momentan noch nicht unmittelbar die Notwendigkeit sehe, die konzeptionelle Grundlage zu überarbeiten.

Ein Wort vielleicht noch zur Finanzierung: Die Finanzierung für die Koordinierungsstelle ist bei uns im Haushalt festgeschrieben. Es ist richtig, dass die Ausgaben etwas gekürzt werden mussten aufgrund des allgemeinen Konsolidierungsdrucks, unter dem der Haushalt steht, aber es ist uns gelungen, das in einem erträglichen Maß zu halten. Es sind etwa 10 Prozent gegenüber 2024. Das heißt, wir liegen jetzt bei einer jährlichen Zuwendung in Höhe von rund 330 000 Euro, mit der die Koordinierungsstelle ganz gut arbeiten kann. – Danke schön!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank für die Stellungnahme durch den Senat. – Wir kommen jetzt zu Ihnen, verehrte Anzuhörende, dass Sie die an Sie gerichteten Fragen beantworten können. Wollen wir die gleiche Reihenfolge wie eingangs nehmen? – Dann könnten Sie, Frau Dr. Bauche, gern beginnen, bitte sehr!

Dr. Manuela Bauche (FU Berlin): Vielen Dank! – Ich frage mich zu diesem Punkt natürlich, wie viel Zeit wir noch haben, weil es sehr viele Fragen gab. Ich versuche, mal ein paar Punkte zu machen, für die ich mich zuständig sehe. Der erste Punkt, auf den ich reagieren möchte, auch wenn ich gar nicht sicher bin, ob er direkt an uns gerichtet war, ist die Frage, die Herr Wesener zur Verantwortung des Landes aufgemacht hat, weil ich da so ein bisschen Sorge habe, dass ich eventuell in meinem Input missverstanden wurde. Natürlich trägt das Land Berlin Verantwortung dafür, Mittel einzustellen, um die hier skizzierten Maßnahmen umzusetzen. Es ist schon mehrfach darauf verwiesen worden, dass das Konzept nicht aus dem Nichts kam, sondern das Konzept eigentlich ein Auftrag war, der durch den Beschluss des Abgeordnetenhauses 2019 umgesetzt wurde. Das heißt, das Land Berlin hat hier schon einmal die Verantwortung übernommen und gesagt, es möchte sich damit auseinandersetzen, dass Berlin als ehemalige Hauptstadt des Kaiserreichs und damals auch des deutschen Kolonialreichs in der Auseinandersetzung mit dieser Geschichte eine besondere Bedeutung zukommt, und möchte zu diesem Thema ein Konzept erarbeiten lassen und nimmt dafür Geld in die Hand, um das zu ermöglichen. Die logische Konsequenz daraus ist natürlich, wenn man ein solches Konzept hat erarbeiten lassen, dass man auch Geld in die Hand nimmt, um dieses Konzept dann auch umzusetzen.

Mein Hinweis auf die zum Beispiel landeseigenen Stiftungen, Gedenkstättenstiftung war: Ich wollte vor allem den Punkt machen und diejenigen ein bisschen beruhigen, die denken, man muss hier etwas from scratch Neues schaffen. Das ist einfach nur ein Beispiel. Der nächste

Schritt oder einer der nächsten Schritte wäre, wenn es um Förderstrukturen und Trägerstrukturen geht, sich genau zu überlegen: Wie kann so etwas sinnvoll aussehen? Im Konzept ist auch die Rede davon oder es gibt einen Vorschlag, eine Stiftung einzurichten. Es gibt ganz unterschiedliche Arten von Stiftungen. Darüber könnte man sich auseinandersetzen, aber es ist sehr klar, dass das Land da in jedem Fall eine finanzielle Verantwortung trägt, dort auch einzuzahlen.

Wo der Bund mit ins Spiel kommt, ist natürlich beim zentralen Lern- und Erinnerungsort zum Thema Kolonialismus. Das steht nicht ohne Grund sowohl im Landeskoalitionsvertrag als auch im Bundeskoalitionsvertrag. Ich habe jetzt keine genaue Antwort auf die Frage, wie man das Pingpong verhindern kann, das hier stattfindet. Ich denke aber, es würde dem Land Berlin tatsächlich ganz gut stehen, mal auf den Bund zuzugehen, denn es ist kürzlich die novellierte Gedenkstättenkonzeption des Bundes verabschiedet worden. Da ist, wie wir alle wissen, Kolonialismus nicht drin, sondern sie bezieht sich auf NS- und SED-Unrecht. Wolfram Weimer hat aber angekündigt, wie er es letzten Mittwoch so schön formuliert hat, für Kolonialismus einen eigenen Bereich in der deutschen Geschichtspolitik zu schaffen, und da muss man ihn tatsächlich ernstnehmen. Das wird passieren, dass sich das BKM mit der Frage auseinandersetzen wird: Was kann der Bund zu diesem Thema vorlegen? Das passiert auch. Es finden demnächst Konsultationen zu diesem Thema statt, und das wäre jetzt der Moment, wo das Land sagen müsste: Wir steigen da ein, setzen uns mit dem Bund zusammen und überlegen, wie wir dieses Projekt gemeinsam stemmen können.

Die Grundlage wäre, um ins Handeln zu kommen, das hatte ich in dem Input auch gesagt: Nicht dabei stehen zu bleiben, dass dieses Konzept vorliegt, sondern, wenn schon 2019 dieser Auftrag rausgegeben und jetzt die Arbeit geliefert wurde, diese Arbeit zu evaluieren. Dafür sind wir heute auch da. Möglicherweise wird es auch noch einen anderen Rahmen geben, um das evaluieren, und dann zu sagen: Gut, es muss im Abgeordnetenhaus zur Abstimmung gestellt werden, und idealerweise sollte dann auch vom Abgeordnetenhaus der Beschluss ergehen, dass diese Maßnahmen umgesetzt und dafür Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ich denke, das ist der allererste Schritt, der geschehen müsste.

Ich gehe kurz weiter, wenn ich noch ein bisschen Zeit habe. Ich hoffe, ich habe keine wichtige Frage unterschlagen, die an mich ging. Sonst bitte gern protestieren. – Herr Trefzer hat eine ganze Reihe von Fragen und Kommentaren aufgemacht, auf die ich jetzt gar nicht total darauf eingehend reagieren möchte. Ich glaube, dann sitzen wir noch lange hier. Vielleicht drei bis vier kurze Punkte: Die Frage nach der Zuständigkeit, ich habe es vorhin schon im ersten Punkt angesprochen, warum das Land zuständig sein sollte, hat mich, ehrlich gesagt, etwas überrascht. Wenn wir uns anschauen, was im Bereich Auseinandersetzung mit NS-Unrecht und SED-Unrecht passiert, dann ist klar, dass das nicht nur Verantwortung des Bundes ist, sondern auch der Länder, die Geld in die Hand nehmen, um zu Recht zum Beispiel die Gedenkstätten in Neuengamme, in Buchenwald, in Sachsenhausen und so weiter zu unterhalten und auch noch dezentrale Strukturen darüber hinaus jenseits dieser sehr bekannten Orte zu schaffen. Die machen da eine schwierige Arbeit, weil die Mittel nicht so üppig sind, aber sie machen eine sehr gute Arbeit. Natürlich liegt es in Deutschland nicht nur in der Verantwortung der zentralen Nachfolgestruktur, sondern auch, der, wie ich es gesagt habe, föderalen und lokalen Struktur, sich mit Unrechtsgeschichte auseinanderzusetzen, denn wie wir wissen, aus diesen ganzen Vorarbeiten und auch aus dem Berliner Raum, haben diese ganzen Unrechtsgeschichten ihren Niederschlag auch im Land, in der Kommune und in der Stadt, dass es die

Gedenkstätte Hohenschönhausen gibt, dass es die Stiftung Berliner Mauer gibt und so weiter, und da das Land reingeht. Ich gehe stark davon aus, dass Sie das nicht infrage stellen werden. Insofern ist die logische Konsequenz zu sagen: Im Bereich Kolonialismuserinnerung, wo auch authentische Ort in Berlin vorhanden sind, wir hatten es in der Wilhelmstraße als Standort der ehemaligen Reichskanzlei und auch als Standort, an dem 1884/1885 die sogenannte Afrikakonferenz stattgefunden hat – – Das Konzept ist voll von diesen authentischen Orten, die es wert sind, mit Landesmitteln gestaltet oder markiert zu werden, ganz in Analogie zu dem, was in den anderen Unrechtskontexten passiert.

Die anderen Punkte versuche ich noch kürzer zu machen. Privilegierter Zugang: Da sind ganz viele Unterstellungen drin. Ich will darauf gar nicht so groß reagieren. Vielleicht beruhigt es Sie zu wissen, dass es im Bereich Kolonialismuserinnerung nicht nur Schwarze und asiatisch-deutsche Personen gibt, sondern auch viele weiße Menschen, die sich damit auseinandersetzen, Vermittlungsarbeit machen, Rundgänge anbieten und so weiter. Nur ein bisschen als Kommentar: Das sind Dinge, die uns nicht unbekannt sind. Ich finde es immer ganz interessant. Ich muss bei diesen Infragestellungen von Kompetenz auch immer wieder zurückdenken an Personen wie zum Beispiel Saul Friedländer, dessen Eltern in Auschwitz ermordet wurden, der als NS-Historiker eine großartige Arbeit geleistet hat und dessen Kompetenz auch aufgrund seines Jüdischseins ständig abgesprochen wurde.

Superspannend als Historikerin finde ich diese Zusammenhänge, die immer wieder aufgemacht werden. Ich will es eigentlich schon lange diskutieren. Ich will hier auf eine scharfe Trennung hinweisen, weil die Dinge häufig vermischt werden. Ich bin sehr dabei, die Dinge auseinanderzuhalten, aber auch in Ihrem Statement wurden sie vermischt. Sklaverei ist etwas anderes als transatlantische Sklavenhandel, ist etwas anderes als Kolonialherrschaft. Das sind zeitlich unterschiedliche Dinge, die unterschiedlich verortet sind. Das sind Dinge, die mit ganz unterschiedlichen Akteuren zu tun haben. Das will ich hier nur kurz reinwerfen. Wir befassen uns heute nicht mit Sklavereigeschichte und auch nicht mit der Geschichte des transatlantischen Sklavenhandels, sondern mit der Geschichte von europäischer Kolonialherrschaften und insbesondere mit der Geschichte der deutschen Kolonialherrschaft. Die Etablierung europäischer Kolonialherrschaften war ein ganz wesentlicher Knick, an dem die Machtverhältnisse, die während des transatlantischen Sklavenhandels zum Beispiel in Westafrika noch ganz anders aussahen, wo es – da gebe ich Ihnen total recht – afrikanische Akteure gab, die in den transatlantischen Sklavenhandel aktiv eingebunden waren. Da sahen die Machtverhältnisse hier noch ganz anders aus als mit der Etablierung territorialer europäischer Kolonialherrschaften. Das ist ein Plädoyer dafür, die Dinge zu trennen. Wir reden heute nicht über Sklaverei und transatlantischen Sklavenhandel.

Letzter Punkt: Antisemitismus, Documenta, das Banner von Taring Padi, auf das Sie verwiesen. Bei diesen Dingen bitte ich immer darum, den Zusammenhang herzustellen zwischen den Dingen, die Sie nennen, und dem, worüber wir heute sprechen. Ich weiß nicht, was die Documenta mit dem Konzept „Kolonialismus erinnern“ zu tun hat. Kolonialismusaufarbeitung ist etwas anderes als postkoloniale Theorie. Auch das kann man sich noch mal anschauen. – [Zuruf] – Nein, das ist wirklich getrennt. Wir können gern noch mal darüber nachdenken. Nicht alle Menschen, die sich mit Kolonialismusgeschichte beschäftigen sind Postkolonialismustheoretiker, sogar die wenigsten. Vielleicht beruhigt Sie das auch. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Wir danken Ihnen, Frau Dr. Bauche! – Herr Dr. Diop, bitte!

Dr. Ibou Coulibaly Diop (Stiftung Stadtmuseum Berlin): Vielen herzlichen Dank, Manuela, für die Ausführungen, auf die ich nicht mehr eingehen werde. Wenn wir uns die Diskussion heute anschauen, dann sehen wir, wie wichtig es ist, dass wir uns mit Kolonialgeschichte auseinandersetzen und das auch wirklich in Berlin zu verorten. Wir haben uns mit Kolonialgeschichte in Berlin auseinandergesetzt. Was hat das mit dieser Stadt zu tun? Nicht weit von hier, in der Wilhelmstraße, wurden die afrikanischen Länder geteilt und nicht nur dort, sondern auch in China oder in Samoa. Insofern ist es wichtig, dass wir auch über die Örtlichkeiten sprechen. Was hat es damit zu tun? Natürlich sehen wir hier auch Berlin in der Verantwortung, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Das machen wir auch mit Berlin seit 2022, zumindest Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung ziehen hier an einem gemeinsamen Strang. Deswegen ist es mir wichtig. Wenn man sich hier die Sprache anhört, waren wir auf der Suche nach einer Sprache, die weniger diskriminierend ist, die Dinge benennt, die uns auch befähigt, über diese Themen zu sprechen. Eine der Forderungen, die vielleicht jetzt unmittelbar losgehen sollte, das hat auch meine Kollegin bei Decolonize gemacht, ist: Wie kann man Schulcurricula so aufsetzen, dass Kinder etwas über Kolonialgeschichte lernen und auch befähigt werden, Menschen anzusprechen in einer Art und Weise, die sie würdigt und nicht entwürdigt?

Die Folgerungen, wo wir auf jeden Fall jetzt schon auf dem Weg sind, sind die drei Orte, die identifiziert worden sind – wir arbeiten daran mit dem Team, mit dem Stadtmuseum –, dass wir uns unmittelbar nach der Vorstellung des Konzepts die Machbarkeit dieser Orte anschauen, um zu schauen, inwieweit wir diese Orte als Lern- und Erinnerungsorte denken können. Sollten sie nicht gehen, müssten wir Alternativen finden, aber, ich glaube, das wird im Land Berlin nicht schwierig sein.

Als wir damit angefangen haben, uns mit dem Konzept auseinanderzusetzen, war es wichtig, dieses Konzept so zu adressieren, dass Berlinerinnen und Berliner, die entweder zu dem Thema gearbeitet haben oder sich für das Thema interessieren, gemeinsam darüber nachdenken: Wie können wir gemeinsam leben in einem Land, in Berlin, in dem Rassismus nicht mehr möglich ist? Da sind wir mit Menschen zusammengekommen, die in erster Linie die Verbindung gar nicht sehen. Deswegen haben wir auch diesen Prozess zu den asiatischen Communities geöffnet, denn, wenn man sich mit der Kolonialgeschichte im Land Berlin auseinandersetzt, ist es immer notwendig, sich auch mit dem globalen Kolonialismus und den Auswirkungen davon auseinanderzusetzen.

Ich komme gerade aus Dakar, wo es eine Konferenz zur Restitution gab und wo auch darüber geredet wurde, dass in Algerien am 30. November eine Konferenz der afrikanischen Union stattgefunden hat, wo zum ersten Mal über Kolonialismus und Reparationen gesprochen wurde. Wenn wir in Berlin dieses Thema nicht so aufarbeiten, wie es das Konzept vorstellt, werden es Themen sein, in denen wir reagieren und nicht agieren. Es wird total wichtig sein, dass wir zumindest versuchen, das Konzept umzusetzen, indem wir über Strukturen nachdenken, die es uns ermöglichen, dieses Konzept in einer Art und Weise umzusetzen, dass Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammenkommen, um gemeinsam zu überlegen, wie sich so ein Ort im Gesamtgefüge der deutschen Geschichte hineinfügt und nicht eine Parallele aufmacht, die versucht, Hierarchien zu schaffen zwischen Geschichten. In Deutschland haben wir eine historische Verantwortung, sich mit der Shoah auseinanderzusetzen. Aber das zu verstehen und die Schnittmenge, aber auch die Unterschiede zu verstehen, wird es wichtig sein, sich mit Kolonialgeschichte auseinanderzusetzen. Wenn wir so lange darüber reden, dass

es nur ein Randthema war, bekommen wir solche Ausführungen, die eine Gruppe von Menschen relativiert, die sich mindestens drei Jahre lang auseinandergesetzt und einen Vorschlag gemacht haben, wie wir mit dem Thema in Zukunft umgehen müssen.

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Herr Dr. Diop! – Frau Dr. Suda, bitte!

Dr. Kimiko Suda (HU Berlin): Ich will noch auf einige konkrete Anmerkungen von Herrn Trefzer eingehen, nicht auf alle. Beispielsweise im Juli 2024 wurde ein Bootssteven vom sogenannten Überseemuseum in Bremen an Samoa zurückgegeben und kann heute an der National University auf Samoa von den lokalen Menschen angeschaut werden, das heißt, Ihre These, dass die Rückgabe nicht erwünscht ist, stimmt in diesem Kontext nicht. Auch ich habe Hermann Hiery gelesen, denke aber, dass seine Perspektive etwas eindimensional ist. Ich würde Ihnen gern ein bisschen Literatur empfehlen, zum Beispiel Matthew Fitzpatrick oder Holger Droessler, die zum Beispiel die Perspektiven der Personen, die nach Samoa geschifft wurden, um dort auf den Plantagen der deutschen Unternehmen arbeiten zu müssen, berücksichtigt. Zu China möchte ich gerne Klaus Mühlhahn, Mechthild Leutner nennen. Hier in Berlin haben wir natürlich auch Sebastian Conrad, der zum deutschen Kaiserreich arbeitet, wenn Sie gern etwas weiterlesen möchten.

Zur Frage der Rückgabe denke ich, dass für Berlin gerade interessant ist, was bei dem Projekt der Stiftung Preußischer Staatsbesitz herauskommt. Da gibt es ein Projekt unter der Leitung von Christina Howald, heißt sie, glaube ich, wo mit dem chinesischen Palastmuseum kooperiert wird und wo vielleicht in den nächsten Jahren ganz konkret eine Rückgabe von Artefakten, die im Kontext des sogenannten Boxerkriegs und der damit zusammenhängenden Plünderung nach Berlin gekommen sein könnten, sage ich erst mal, denn es liegt noch kein Schlussbericht oder so vor. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es schon betont, ich glaube, das Besondere an diesem Netzwerk ist, dass explizit sehr hohe wissenschaftliche Standards angewandt werden, dass wir mit wissenschaftlichen Standards transnational recherchieren. Vielleicht auch an Sie die Empfehlung, wenn Sie einen Input machen, vielleicht auch etwas breiter zu recherchieren, auch hinsichtlich der Literatur.

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Dr. Suda! – Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme an der heutigen Sitzung und die Beantwortung der Fragen. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage vor, dass wir die Besprechung zu Punkt 3 a abschließen und die Besprechung zu Punkt 3 b der Tagesordnung mit Kenntnisnahme der Vorlage 19/0954 abschließen. Sind Sie damit einverstanden, oder soll erst das Wortprotokoll abgewartet werden? – [Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Erst das Wortprotokoll!] – Sie wollen erst abwarten. Dann verfahren wir so und warten das Wortprotokoll ab, bis es ausgewertet werden kann. Punkt 3 ist nun geschlossen.

Herr Dr. Diop, Frau Dr. Bauche, Frau Dr. Suda! Sie können gern bleiben, wenn Sie wollen, wir haben aber natürlich Verständnis, wenn Sie noch andere Dinge vorhaben. Sollten Sie gehen, wünsche ich Ihnen noch einen schönen Nachmittag, einen schönen Abend. Vielen Dank für Ihr Kommen! – Ich bitte uns alle um etwas Disziplin, sodass wir die Tagesordnung in der verbleibenden Stunde gemeinsam schaffen können.

Ich rufe auf

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0134](#)
Weiterentwicklung der Kulturflächenvergabe. KultEnDe
Aktueller Stand Kulturkataster Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0185](#)
Kulturraumkataster und digitale Plattform: KultEnDe
Aktueller Stand
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Ist nun seitens der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen unterdessen Herr Rose eingetroffen? – Herzlich willkommen! Sie leiten die Gruppe Stadtentwicklungsplanung Wohnen und wohnungsnahe Infrastruktur. – Herzlich willkommen! Wird auch hier ein Wortprotokoll gewünscht? – Das ist der Fall. Dann soll eines erstellt werden. Dann darf ich jetzt als Anzuhörende begrüßen: Herrn Julian Kamphausen, Geschäftsführer Studio für unendliche Möglichkeiten GmbH, Herrn Daniel Jakobson, Referent Kommunikation und Beteiligung, und Frau Raber, Referentin für Kultur und Standortentwicklung Kulturraum gGmbH. – Herzlich willkommen!

Auch Sie sind darauf hingewiesen worden, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass eine Aufzeichnung ebenfalls auf der Website aufzurufen sein wird. Ich gehe auch bei Ihnen davon aus, dass Sie mit dem Vorgehen einverstanden sind. – Alle nicken, wunderbar.

Dann kommen wir zunächst zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 a durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wenn das gewünscht ist. – Nicht gewünscht. Dann fragen wir die Fraktion Die Linke, ob sie 4 b begründen möchte. – Das ist der Fall. – Frau Kollegin Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Ich glaube, man kann 4 a und 4 b sehr schnell, sehr kurz begründen, warum wir darum gebeten haben, dass heute hier zur Besprechung und zur Anhörung vorzulegen. In der letzten Woche wurde das Kulturkataster vorgestellt. Wir alle haben lange darauf gewartet, lange darauf hingearbeitet, dass wir es haben. Von daher freue ich mich, dass wir uns die Zeit nehmen, uns das heute mal anzuhören, wie weit der Stand ist und wie wir es denn dann gemeinsam auch in die Umsetzung bringen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Schmidt! – Einleitend nimmt Stellung der Senat durch Frau Staatssekretärin Richter-Kotowski. – Bitte sehr!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich freue mich feststellen zu können, dass nach London

und Leipzig nun auch Berlin ein Kulturkataster hat. Das Kulturkataster, das wissen die Anzuhörenden, die zu diesem Bereich aussagekräftiger sind, noch besser als ich, ist ein zentrales digitales Verzeichnis von Räumen für Kultur. Das ist sehr weit gefasst. Das soll auch so weit sein, um Kulturorte und Einrichtungen systematisch zu erfassen und auf einer browserbasierten Kartenanwendung sichtbar zu machen.

Es kann und soll dann auch Grundlage für Monitoring, kulturpolitische Planungen sowie für Gestaltung von Stadtentwicklungsprozessen sein. Insofern freue ich mich auch sehr, dass der Kollege von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit dabei ist.

Die Veröffentlichung der ersten Version hat im September 2025 stattgefunden. Es waren sehr viele Organisationen, Vertreter der Verbände, Politik und Verwaltung dabei – Herr Wesener war auch mit dabei –, viele Interessierte, die das Vorhaben begleiten und mittragen. Das, was wir jetzt hier sehen ist, das muss man immer wieder deutlich sagen, ein erster Schritt. Das Kulturkataster soll viel mehr können als es im Augenblick kann, aber ich glaube auch, dass es ein Instrument sein kann, vielleicht noch besser gesagt ein Werkzeug, nicht nur für Verwaltungen und kulturpolitische Interessierte, also den Institutionen selber, sondern in der Ausbaustufe dann irgendwann auch für die Bürgerinnen und Bürger, die sich dann auf diese Art und Weise darüber informieren können, was möglicherweise in ihrem neuen oder auch alten Kiez rundherum passiert und existiert und vielleicht dann mitarbeiten, die weißen Flecken, die das Kulturkataster selbstverständlich im Augenblick noch hat, zu füllen. – In diesem Sinne freue ich mich auch heute auf die Anhörung und gebe das Wort zurück!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Mit der Anhörung können wir nun auch beginnen. Mir ist signalisiert worden, dass Sie sich auf eine Reihenfolge verständigt haben. Frau Raber und Herr Jakobson, Sie teilen sich die fünf Minuten, wir müssen auch bitte darauf achten, dass Sie die einhalten, und Herr Kamphausen dann als Dritter, der fünf Minuten für sich allein hat, die er aber natürlich nicht ausschöpfen muss. – Dann wollen wir beginnen. – Frau Raber, dann fangen Sie gern an, bitte sehr!

Laura Raber (Kulturraum Berlin gGmbH): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus der SenKultGZ! Es freut uns sehr, heute hier sein zu können! – Wir sind das Berliner Kulturkataster. Mein Name ist Laura Raber, ich bin Teil der Geschäftsleitung der Kulturraum Berlin gGmbH, und ich bin heute hier mit meinem Kollegen Daniel Jakobsen, er ist der Projektleiter. Die Kulturraum Berlin gGmbH ist neben diesem sehr spannenden Projekt auch mit der Trägerschaft des Arbeitsraumprogrammes, der Modellfläche TXL und der Rettung der Uferhallen betraut.

Julian Kamphausen vom Studio für unendliche Möglichkeiten hat uns maßgeblich in der Konzeptionsphase und bei den verschiedenen Workshops und Beteiligungsformaten begleitet, und wir sind sehr froh, dass er uns auch heute hier unterstützen kann.

Wie Frau Richter-Kotowski in ihrer Einleitung bereits dargestellt hat, ist das Berliner Kulturkataster ein digitales Planungsinstrument, das die Kulturlandschaft der Stadt erstmals systematisch und öffentlich zugänglich abbildet. Berlin reagiert mit dem Kulturkataster auf die akute Bedrohung von Kunst- und Kulturräumen durch Verdrängung und Raumkonkurrenz. Das Kulturkataster schafft die Grundlage für eine datenbasierte Kulturpolitik und kann dank der Festlegungen in Richtlinien der Regierungspolitik durch uns jetzt umgesetzt werden. – Damit gebe ich an Daniel Jakobson.

Daniel Jakobson (Kulturraum Berlin gGmbH): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Auch von mir noch mal vielen Dank,

dass wir hier sein können! – Wir werden uns diese zehn Minuten zu dritt teilen. Das heißt, da wird immer auch mal wieder ein bisschen gewechselt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich möchte kurz darauf eingehen, was das Kulturkataster bietet. Wie wir es auf der Webseite sagen, es gibt einfach diesen Blick auf die gesamte Kultur der Stadt – oder zumindest sind wir da im Prozess – und stellt damit diese erste umfassende Bestandsaufnahme der Kulturlandschaft dar, und zwar auf einer öffentlichen open-source-programmierten Karte. Das ist, wie es die Frau Staatssekretärin auch schon gesagt hat, auch relevant für Bürgerinnen und Bürger in ihrem Kiez, denn wir bieten in einer Übersicht, von Museum, über Bibliothek bis hin zu Club oder einer legalen Graffitifläche ein sehr breites Abbild der Berliner Kulturlandschaft und versuchen, damit auch dem kulturellen Ökosystem der Stadt gerecht zu werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Da sind mehr als die etablierten Kulturinstitutionen, nämlich auch Produktionsorte, Ateliers, Proberäume, die gesamte Freie Szene und die Sub- und Soziokultur finden sich im Kulturkataster wieder und auch Orte, die es bisher noch gar nicht gibt, weil sie vielleicht erst in Zukunft für Kunst und Kultur potenziell genutzt werden könnten.

Wir entwickeln das Kulturkataster schrittweise weiter, um es, wie es auch schon gesagt wurde, als Planungsinstrument all denjenigen zur Verfügung zu stellen, die Kultur in der Stadt ermöglichen. Hier liegt auch unser zentrales Anliegen, also Arbeitsmittel für Verwaltung auf Bezirks- und Landesebene zu sein sowie auch für die zahlreichen Verbände und Fachorganisationen, mit dem Ziel, kulturpolitische Entscheidungen mit empirischen Daten zu unterlegen und Kultur an ihren Standorten und in der kulturellen Stadtentwicklung zu stärken und auch die Entstehung von neuen Kulturorten zu unterstützen. Hier sieht man noch mal unsere Kulturkategorien in der Übersicht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich möchte auch noch mal kurz auf die Leitlinien verweisen, die wir in Zusammenarbeit mit der Kulturverwaltung entwickelt haben. Es geht darum, beim Kulturkataster datenbasierte Kulturpolitik zu schaffen, indem wir diese Datengrundlage entwickelt haben, weiterentwickeln und veröffentlichen, um Entscheidungen auch auf Fakten zu stützen. Es geht uns darum, Kulturräume als Monitoringinstrument zu sichern, um auch tote Orte im Stadtbild zu erkennen und die Neuerschließung von Orten zu unterstützen. Es geht um gerechte Verteilung und Teilhabe, also darum, auch Lücken im Kulturangebot sichtbar zu machen, und es geht darum, die Zusammenarbeit zu verbessern, und zwar zwischen den verschiedenen Ressorts, Ebenen und Sektoren in der Berliner Kulturlandschaft.

Das ermöglichen wir, indem wir das Kulturkataster sehr partizipativ mit allen Beteiligten entwickelt haben und weiterentwickeln und in verschiedenen Modellprojekten erste Anwendungen umsetzen. – Da gebe ich jetzt direkt an Julian Kamphausen weiter.

Julian Kamphausen (Studio für unendliche Möglichkeiten GmbH): Danke schön! Danke schön, Herr Vorsitzender! Danke schön, Frau Staatssekretärin! Danke schön, Damen und Her-

ren Abgeordnete für die Einladung! – Um diesen Konzeptionsprozess partizipativ gründlich und schnell durchzuführen, wurden bereits in der Konzeptionsphase Bestandsaufnahme, Bedarfsanalyse und ein erstes Design der Anwendung parallel durchgeführt, ein sogenanntes Prototyping wurde bereits am Anfang begonnen.

Folgende Governancestruktur hat sich in diesem Prozess schnell herausgebildet: Das Kulturkataster ist verwaltungsübergreifend mit zwei beteiligten Senatsdienststellen, inzwischen sogar fast drei, und drei Pilotbezirken, Pankow, Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg, und jetzt ist ganz neu Charlottenburg-Wilmersdorf auch dabei. Deren Vertreterinnen und Vertreter tagen regelmäßig mit der Kulturräum Berlin im fachlichen Steuerungsgremium, in das auch die Berliner Kulturverbände und raumbezogene Interessenvertretungen drei Vertreterinnen bzw. Vertreter, die sie bei der jährlichen Katasterkonferenz wählen, entsenden. Diese Katasterkonferenz fand in der vergangenen Woche zum zweiten Mal statt, und wir danken Frau Staatssekretärin für ihre wichtigen Impulse, die sie in diesem Rahmen gesetzt hat. – Wenn das für Sie in Ordnung ist, würde ich das Wort wieder an Herrn Jakobsen zurückgeben. – Danke schön!

Daniel Jakobsen (Kulturräum): Ich möchte Ihnen jetzt noch mal ganz kurz das Kulturkataster vorstellen. Das finden Sie online unter dieser Domain.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich gehe mal im Schnelldurchlauf durch. Wenn Sie auf der Startseite sind, sehen Sie einen kurzen Einleitungstext und können direkt in das Kulturkataster einsteigen. Das ist auf einer Karte sichtbar. Je weiter Sie reinzoomen, desto mehr Pins sehen Sie, die haben eigene Icons, und der Klick auf einen Pin offenbart die Informationen, die wir bisher zu einem Kulturort zusammengetragen haben. Wenn Sie dann zu den Filtern wechseln, können Sie sich beispielsweise noch die geschlossenen Orte anzeigen lassen. Da haben wir auch schon ein paar in unserer Ersterhebung gefunden. Sie können dann nach Bezirken filtern und dann auch nach den verschiedenen Kategorien sowie auch Unterkategorien, die wir alle im Kulturkataster bisher verzeichnet haben. So lassen sich dann die Ateliers mit den Bezirksbibliotheken und die Freiluftkinos zusammentragen, das ist jetzt eine ungewöhnliche Kombination, aber das geht. Sie können dann natürlich noch auf die Listenansicht wechseln, das heißt, da sehen Sie das dann noch mal alphabetisch sortiert, das ist noch mal ein ganz anderer Zugang, auch digital, barrierefreier. Wir haben eine Suchfunktion, da können Sie nach Namen von Kulturorten suchen – hier jetzt Kinemathek ist um die Ecke, eröffnet demnächst wieder, das sehen Sie jetzt als „vorübergehend geschlossen“ –, solche Orte finden Sie natürlich mit den Informationen, und Sie können auch jetzt schon unsere Datenbasis erweitern, indem Sie uns zum Beispiel Kulturorte schicken, die wir bisher noch nicht bedacht haben, als auch bestehende Daten korrigieren oder ergänzen um Daten, die wir vielleicht bisher noch nicht hatten. Zu guter Letzt gibt es auch die Möglichkeit, Daten aus dem Kulturkataster herunterzuladen. Da schicken Sie uns momentan einfach eine kurze Nachricht via Formular, und dann prüfen wir das und geben Ihnen dann diese Daten frei.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Und wir machen natürlich weiter. Das heißt, es gibt zwei weitere Versionen, die gerade in der Mache sind, und zwar zum einen die Version 2, das heißt, da geht es darum, ein komplexes

Berechtigungsmanagement mit den Kulturmitarbeitenden auf Bezirks- und Landesebene und auch bei den Verbänden aufzusetzen, die sich einloggen können und die Daten auch mit uns gemeinsam pflegen können. In Version 3, um das noch mal kurz anzudeuten, werden wir eine Ersterhebung von bedrohten Kulturorten machen und darauf aufmerksam machen, wie das über die verschiedenen Kulturkategorien hinaus gerade der Fall ist.

Laura Raber (Kulturraum): Dann mache ich noch mal den Schluss. – Dank des kontinuierlichen Engagements der Politik für die Absicherung von Kultur im Kontext der Stadtentwicklung haben wir nun diese erste Version des Planungsmonitorings und Schutzinstruments Kulturkataster vorliegen. Wir als Kulturraum Berlin arbeiten unter hohem politischen und medialen Druck und schaffen mit dem Kulturkataster eine wichtige Voraussetzung für effiziente Verwaltungsarbeit und Raumsicherung.

Für die Zukunft ist aus unserer Perspektive wichtig, die Weiterentwicklung der Software für den Ausbau von Kollaborations- und Analysefunktionen sowie die Kontinuität der Datenredaktion und Governance abzusichern. Die Anwendung des Kulturkatasters in Entscheidungsprozessen in Stadtentwicklungs- und Planungsverfahren gilt es sicherzustellen. Mit Hilfe des umfangreichen Datensatzes und den bereits jetzt nutzbaren Analysefunktionen kann man Indikatoren entwickeln, um die Unterversorgung sichtbar und auch bearbeitbar zu machen. So kann das Kulturkataster als langfristiges Infrastrukturwerkzeug wirken. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Raber! Vielen Dank, meine Herren! – Wir können nun die Beratung eröffnen, drei Wortmeldungen sind uns schon angezeigt worden. Die Kolleginnen und Kollege Kühnemann-Grunow, Dr. Schmidt und Wesener. Fehlt noch jemand? – Haben wir aufgenommen, danke! – Dann, Frau Kollegin Kühnemann-Grunow, bitte!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Wir haben uns auf den Weg gemacht, dieses Kulturkataster erstellen zu lassen, weil wir nach wie vor in Berlin in der Situation sind, dass Kulturräume zu knapp sind.

Ich habe mir das jetzt mal angeschaut, auch die Homepage angeschaut und finde das auch sehr spannend. Besonders spannend finde ich einen Punkt: Wenn man mal auf die Bezirke geht – ich hatte mal meinen Bezirk angeschaut, Tempelhof-Schöneberg –, da gibt es da einen Punkt, der sich „Potenzialorte“ nennt, finde ich sehr spannend. Es wird alles aufgeführt, was vor Ort ist an sozio-kulturellen Zentren und sofort. Was mir jetzt wichtig ist, und das ist vielleicht der nächste Schritt, der eigentlich folgen müsste – Frau Raber hat gerade gesagt, wir müssen jetzt Indikatoren entwickeln –, und was mir so ein bisschen im Kopf ist: Was folgt jetzt? Was muss folgen? Und vor allen Dingen, wie schaffen wir es, die Räume, die wir hier in der Stadt haben – – Es ging ja darum, mal wirklich zu schauen, was wir eigentlich an öffentlichen Ressourcen haben. Wie viele öffentliche Liegenschaften haben wir, die zwar tagsüber genutzt werden, aber die beispielsweise ab nachmittags brachliegen und von niemandem genutzt werden? Wie schaffen wir es, die in die Nutzung zu bringen? Ich sage es mal ganz trivial: Im Sportbereich haben wir es so, da machen Sportvereine mit dem Bezirksamt einen Schlüsselvertrag, damit die eine Sporthalle nutzen können. Ein Stück weit müssen wir in diese Richtung denken, wie wir es schaffen, die vielen Ressourcen, die wir in der Stadt haben, für die Leute, vielleicht den Chor, das Orchester oder wer auch immer Räume sucht, auch nutzbar zu machen. Das ist mir ganz wichtig. Klar, digitales Planungsinstrument, aber im

Moment ist es eine Karte, die uns sagt, was wir eigentlich für einen Schatz in der Stadt haben. Da wäre mir fast noch wichtiger: Wie kommen wir dahin, diesen Schatz zu heben, und wie kommen wir dahin, diese Ressourcen nutzbar zu machen?

Entstehung neuer Kulturorte – das ist auch noch mal angesprochen worden –, das heißt, hier werden ja sowieso schon viele Kulturorte aufgeführt, die wir haben, von Kinos über Museen und so weiter, aber wir machen letztendlich Orte, die noch nicht originär Kulturorte sind, wie machen wir die zu Kulturorten? Da wir jetzt auch einen Vertreter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung haben: Wir reden immer wieder, auch wenn es um neue Stadtquartiere und so weiter geht, um die Idee eines Stadtentwicklungsplans Kultur. Da habe ich mir schon sehr viel mit verschiedensten Senatoren den Kopf heißgeredet, die mir immer gesagt haben: Das ist eigentlich nicht möglich, der ist so kleinteilig und so weiter, das ist nicht das richtige Instrument. Aber mir ist es wichtig, dass wir da, wo wir sozusagen neue Stadtquartiere planen, auch Räume schaffen für Kultur, Räume schaffen für Begegnung, weil reine Schlafstätten sind für die meisten Menschen zu wenig. Das ist etwas, was ich in dem Zusammenhang gern noch mitdiskutieren würde. Wie schaffen wir es, diese Räume zugänglich zu machen? Welche Rolle spielt dabei die Verwaltung? Ist es die Kulturraum gGmbH? Ist es die Senatskulturverwaltung? Wer ist dafür zuständig, wenn wir diesen Schritt weitergehen wollen? – Danke schön!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Es folgt Frau Kollegin Dr. Schmidt!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Das passt gut, meine Fragen schließen sich da nahtlos an, denn wir haben den Schatz, wie wird der jetzt in die Praxis umgesetzt? Daher auch die Fragen: Wie wird das Kulturkataster bisher angenommen oder aufgenommen? Wo findet es jetzt schon Anwendung? Sie haben auch gesagt, dass man Daten beim Kulturkataster anfragen kann, wer interessiert sich jetzt schon für diese Daten? Können Sie eine Aussage dazu treffen, wie diese Daten und für welche Zwecke dann genutzt werden?

Dann – das hat meine Kollegin auch angesprochen –, wer entscheidet, was ein Kulturort ist und was nicht? Wie werden die Daten für das Kulturkataster zusammengetragen?

Ein Thema war der Aspekt der Beteiligung – das haben Sie ja ausgeführt, Herr Kamphausen –, was heißt denn in diesem konkreten Kontext Beteiligung? Wie haben Sie sichergestellt, dass hier die tatsächlich nötigen Perspektiven in die Konzeption eingeflossen sind? Wie stellen Sie sicher, dass diese ganzen Perspektiven auch weiterhin eingebunden bleiben?

Frau Staatssekretärin sagte, nach Leipzig und London haben jetzt auch wir das Kulturkataster. Aber ich denke, das könnte auch darüber hinaus Vorbildwirkung haben. Gibt es da jetzt schon Kontakte von anderen Städten, möglicherweise hier ein Stück weit auch von diesem Prozess der Erstellung des Konzepts zu lernen?

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Herr Kollege Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Wir freuen uns auch sehr, dass es gelungen ist, diesen ersten großen Schritt zu gehen, wobei Sie viele Schritte unternommen haben. Ich meine jetzt das Ergebnis, was uns und

der Öffentlichkeit seit der Vorstellung im Klunkerkranich vorliegt, das ist super. Ich kann auch an meine beiden Kolleginnen und Vorrednerinnen anschließen. Uns interessieren natürlich die Schnittstellen, technisch, aber auch konzeptionell zu den letzten Endes diversen Datenbanken, die es ja gibt, und SenStadt spielt da natürlich mit dem Liegenschaftskataster eine große Rolle. Also da zu überlegen, wie man auch hier Synergien generieren kann, vielleicht ja sogar technischer Art und Weise, scheint uns sinnvoll zu sein. Umso mehr, Frau Kühnemann-Grunow, als dass der StEP Kultur ja abgeblasen wurde, das ist zumindest die Antwort auf die Schriftliche Anfrage von mir oder der Berichtsantrag. Also zumindest ist das leider ein Ergebnis der Haushaltsberatungen, dass hier zumindest der Senat sagt, dass er dieses Projekt erst mal nicht weiter verfolgt. Ich bin da inhaltlich ganz auf Ihrer Seite. Umso wichtiger ist es, glaube ich, dass wir hier in puncto Transparenz und Steuerung weiter vorankommen. Unsere Erfahrung ist es, Kulturpolitik muss einerseits Stadt- bzw. Stadtentwicklungspolitik sein und kann es natürlich andererseits nicht aus eigener Kraft, sondern da braucht es die Kooperation und die ressortübergreifende Zusammenarbeit, ob das die Nachnutzung von landeseigenen Immobilien für kulturelle Zwecke ist oder ob es der umgekehrte Fall ist, also bedrohte Kulturorte, wo ja, Herr Kamphausen, Frau Raber und Herr Jakobson, die Lösung in der Regel nicht allein in der Allmacht der Kulturverwaltung liegt, sondern es hier ein Zusammenwirken von ganz vielen verschiedenen Fachverwaltungen oder sogar Ebenen – Stichwort Bezirke – braucht.

Das Zweite ist der konkrete Anwendungsfall beziehungsweise die Pflege der Datensätze. Ich finde es erst mal gut, dass Sie sagen, man will da Schnittstellen schaffen und auch Kultureinrichtungen beziehungsweise anderen Akteuren ermöglichen, die Datensätze, nicht zuletzt die eigenen, dann selbst zu pflegen. Auf der anderen Seite: Das Prinzip der Freiwilligkeit ist immer super, aber wenn es nicht funktioniert, ist es auch ärgerlich, und wir wissen – da will ich jetzt gar nicht über private Kulturorte reden, das fängt ja in den landeseigenen, bezirklichen Kultureinrichtungen an –, wie knapp da die personellen Ressourcen sind. Verlassen Sie sich einfach darauf, dass dann eigenverantwortlich fortgeschrieben wird, oder gibt es Checks und Balances? Nichts dagegen, dass man das öffnet und hier viele den Zugriff haben. Bestimmte Schutzstandards braucht es natürlich auch. Ich könnte mir vorstellen, datenschutzrechtlich ist das nicht ganz trivial, und es kann vermutlich nicht jeder, der eine interessante private Initiative gründet, sagen: Ich kann hier auch das gesamte Kulturkataster gegebenenfalls umschreiben. Aber umgekehrt ist, dass da viele mittun, super. Gleichzeitig muss man, glaube ich, gewährleisten, dass eine gewisse Kontinuität und auch Aktualität dann gewahrt ist, und wie Sie das ausbalancieren, würde mich interessieren.

Last but not least: Die nächsten Schritte, die Fortschreibung, Sie haben ja erfreulicherweise schon transparent gemacht, was Sie 2026 vorhaben. Die Staatssekretärin hat erfreulicherweise auch bei der Veranstaltung im Klunkerkranich ein – korrigieren Sie mich – Bekenntnis zum Kulturkataster und den Fortgang des Ganzen abgelegt. Da würde mich noch mal interessieren, ob das immer noch up to date ist. Das fängt mit der Frage an: Welche Rolle spielt die Kulturraum Berlin zukünftig? Da ist das Kulturkataster ja bislang Teil der Portfolios, und es gibt ja nun die Diskussion, ob man da nicht absichten sollte beziehungsweise die Arbeit dieser Gesellschaft neu ausrichten sollte. Das andere ist ja die Kürzung in Höhe von zusätzlichen 500 000 Euro im Rahmen der parlamentarischen Beratung, also 500 000 Euro, die der KRB in 2026 und 2027 jeweils noch mal zusätzlich fehlen. Insofern sehen Sie es mir nach, dass ich da noch mal nachhake, ob denn das nach wie vor gilt, was Sie da an diesem schönen Nachmittag gesagt haben, nämlich dass – – – [Zuruf Staatssekretärin Cerstin Richter-Kotowski: In drei

Monaten ändere ich im Allgemeinen nicht meine Meinung!] – Ihre nicht, Frau Staatssekretärin, aber das mit der zusätzlichen Kürzung der KRB von 500 000 Euro war, glaube ich, damals nicht der Plan und haben Sie vermutlich auch nicht initiiert, sondern das ist ja eine Entscheidung der Koalitionsfraktionen, und mitunter wird man ja auch von bestimmten Entwicklungen der Realität überholt. Deswegen sehen Sie es mir nach, dass ich das noch mal verifizieren möchte. – Danke!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Herr Kollege! – Herr Abgeordneter Eschricht, bitte!

Robert Eschricht (AfD): Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender, auch von meiner Seite! – Ich finde, das ist ein sehr interessantes Projekt. Das mag Sie vielleicht überraschen, aber ich glaube, wir haben alle ein Interesse daran, eine gemeinsame Tatsachengrundlage zu haben. Wenn man das Vorbild nimmt, die Cultural Infrastructure Map of London beispielsweise, da sind ja auch viele Sachen hinterlegt, wie Skateparks oder Pubs, und da ist ja die Frage, inwieweit unterscheidet sich das Berliner Kulturkataster von einer Webseite, die auch Freizeitangebote hinterlegen möchte, oder geht damit grundsätzlich eine Förderungswürdigkeit oder zumindest die Zugehörigkeit zur Freien Szene einher, wenn man da hinterlegt ist?

Die Kollegin hat schon nach den Orten der kulturellen Stadtentwicklung oder der Potenzialorte gefragt. Das fände ich sehr interessant: Wie wird das ausgewählt? Wer legt das fest? Welche Kriterien müssen erfüllt werden, um in diese Kategorie aufgenommen zu werden?

Ich habe dem Text entnommen, die Veröffentlichung war im September 2025. Wie ist denn die Nutzung in den letzten drei Monaten angelaufen? Kann man da etwas über Nutzerzahlen sagen? Wie ist das Feedback der 2 392 Orte, die da hinterlegt sind?

Als zweite Frage: Es waren 465 000 Euro für das Gesamtprojekt angesetzt, mit 46,8 Personenmonaten noch in Ergänzung, und das war für die Jahre 2024, 2025, 2026. Wie ist denn die bisherige Entwicklung beim Budgetverbrauch? Wo stehen wir? Ist das alles nach Plan gelaufen? Ist da bisher mehr Geld ausgegeben worden als ursprünglich vorgesehen?

Wie stark sind auch kommerzielle Angebote hinterlegt? Ich habe gesehen, dass beispielsweise Buchhandlungen hinterlegt sind. In meinem Bezirk, in Neukölln, habe ich gesehen, da ist She said am Kottbusser Damm, die queer-feministische Buchhandlung von Emilia von Senger, und da habe ich mich gefragt, inwieweit gilt denn so etwas auch als Kulturort, das ist ja auch ein Café, eine Buchhandlung? Hat das einen gemeinnützigen Charakter, oder ist das aufgenommen worden, weil der eine oder andere Mitarbeiter in dem Projekt besondere Sympathien hegt und damit auch den Wunsch nach Öffentlichkeit verbindet?

Laut des Zeitplans ist in Stufe 3 eine Anwendungserweiterung geplant, worauf würde sich das beziehen?

Zu guter Letzt: Ich finde das sehr interessant. Ich begrüße das, dass man sich auch die Daten runterladen kann, und wir wollen das gern machen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Sven Rissmann: Danke sehr! – Frau Kollegin Wolff, bitte!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Was mich interessiert: Wenn Sie sagen, dass wir natürlich möglichst Doppelstrukturen verhindern wollen, inwieweit haben Sie auch die Datenlage in den Bezirken der SPK genutzt? Da kommt wieder dieses lange Wort sozialraumorientierte Planungskoordination. Ich weiß nur, dass wir zum Beispiel in Treptow-Köpenick – – Die sind wirklich extrem gut informiert, haben extrem gute Recherche geleistet, und wenn ich an das denke, was eben auch Frau Kühnemann-Grunow gesagt hat, dass man noch mehr erfassen kann, was wir an Möglichkeiten haben, um noch mehr zu öffnen, dann müsste ja diese Zusammenarbeit eigentlich extrem genutzt werden, um genau zu diesen Zielen zu kommen, denn Doppelstrukturen braucht eigentlich niemand, sondern wir brauchen ja – – Wenn wir so wie jetzt zum Beispiel auch, jeder von uns schaut ja gern mal auf seinen Bezirk, dann entdecke ich schon gleich so eine Artistenschule, die gibt es tatsächlich nicht mehr, die ist auch gar nicht mehr da. Inwieweit gibt es auch ein Zusammenspiel? Hat man die kontaktiert? Wissen die das eigentlich und so weiter? Also, ich glaube, dass diese SPK ein ganz wesentlicher Baustein sein kann, und da interessiert mich, inwieweit Sie diese Datenlage nutzen oder Sie dort ein Zusammenspiel haben. – Danke!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kann nunmehr zunächst der Senat die an ihn gerichteten Fragen beantworten. – Herr Kollege von der Stadtentwicklung, Sie dürfen anfangen, bitte sehr!

Henning Roser (SenStadt): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! – Auch ich bedanke mich erst einmal für die Einladung in den Ausschuss! – Wir haben sehr gern an dem Projekt Kulturkataster bis heute mitgearbeitet und wollen das auch in Zukunft gern machen.

Kultur ist ein sehr wichtiger Baustein der integrierten Stadtentwicklung. Wir beschäftigen uns natürlich sehr stark mit dem ganzen Bereich Wohnungsbau, Wohnungspolitik in meiner Verwaltung, aber Kultur ist natürlich wie andere Nutzungen, die diese Stadt lebenswert machen, ganz wichtig in unserem Alltag. Wir haben uns natürlich auch, bevor es mit der Entwicklung des Kulturkatasters losging, schon intensiv mit den Kolleginnen der Kulturverwaltung zusammengesetzt, auch überlegt – damals gab es ja noch den Auftrag für ein Stadtentwicklungskonzept Kultur – und besprochen, was die Zielrichtung ist und was wir leisten können müssen. Wir sind dann auch schnell zu dem Ergebnis gekommen: Wir brauchen erst mal eine ordentlich analytische Grundlage, und dazu dient jetzt das Kulturkataster. Aber es geht letztlich darum – – Kulturpolitik in der Stadtentwicklung kann viel bedeuten. Wir müssen hier den Spagat von Hauptstadtkultur bis hin zur wohnungsnahen Kiezkultur irgendwie abdecken. Da sind dann auch diese Themen soziale, kulturelle Teilhabe, Sicherung von Kulturstätten im Kiez ein wichtiger Punkt. Aber das ist natürlich auch herausfordernd, diesen Spagat von gesamtstädtischen Strategien bis hin zu konkreten Standortsicherungen, Standortentwicklungen, Schutzkonzepten und so weiter in ein großes Konzept zu packen.

Es wurden hier verschiedene konkrete Punkte der Stadtentwicklung und Stadtentwicklungsplanung angesprochen, unter anderem, wie wir neue Kulturorte schaffen können, dort, wo wir sie brauchen, oder auch dort, wo es noch nichts im Bestand gibt. Das sind wichtige Themen, mit denen wir uns auch – nicht nur jetzt für den Kulturbereich, sondern generell in der Stadtentwicklungsverwaltung seit mehreren Jahren beschäftigen. Es geht hier um das Thema Mehrfachnutzung von sozialen Infrastrukturen, von öffentlichen Einrichtungen. Die Abgeordnete von der SPD hat es ja benannt, dass man zum Beispiel dann nach Schulschluss – so

wie wir das schon kennen – mit Volkshochschule, Musikschule Räume öffnet, vielleicht auch stärker für andere Initiativen, wie Chöre. Wir sind da seit mehreren Jahren sehr aktiv. Wir haben eine Geschäftsstelle Mehrfachnutzungen etabliert, die da auch Beratungsangebote hat. Wir haben viele Arbeitshilfen, wie das dann praktisch umgesetzt werden kann. Wir haben verwaltungsintern eine Arbeitsgruppe eingerichtet, wie die Öffnung von Schulen für solche Einrichtungen funktioniert. Also das sind ganz dicke Bretter, aber wir bohren seit Jahren intensiv daran, und ich finde, dass wir da auch schon viel in den letzten Jahren bewegt haben, vor allem mit bezirklichen Akteuren, denn dort läuft das ja in der Praxis.

Angesprochen wurde auch das Thema Kultur in den neuen Stadtquartieren.

Und das sind wichtige Themen, mit denen wir uns jetzt auch, nicht nur für den Kulturbereich, sondern generell in der Stadtentwicklungsverwaltung seit mehreren Jahren beschäftigen. Es geht hier um das Thema Mehrfachnutzungen von sozialen Infrastrukturen von öffentlichen Einrichtungen – die Abgeordnete von der SPD hat das benannt –, dass man zum Beispiel nach Schulschluss, wie wir das schon mit Volkshochschulen und Musikschulen kennen, Räume vielleicht auch stärker für andere Initiativen wie Chöre öffnet. Wir sind da seit mehreren Jahren sehr aktiv. Wir haben eine Geschäftsstelle Mehrfachnutzungen etabliert, die Beratungsangebote dazu hat. Wir haben viele Arbeitshilfen, wie das praktisch umgesetzt werden kann. Wir haben eine Arbeitsgruppe verwaltungsintern eingerichtet: Wie funktioniert die Öffnung von Schulen für solche Einrichtungen? – Das sind ganz dicke Bretter, aber wir bohren seit Jahren intensiv daran. Ich finde schon, dass wir in den letzten Jahren dabei viel bewegt haben, vor allem mit bezirklichen Akteuren, denn dort läuft das in der Praxis.

Angesprochen wurde auch das Thema Kultur in den neuen Stadtquartieren. Auch das ist uns ganz wichtig. Wir wollen keine monofunktionalen Schlafstätten schaffen, und deshalb ist eine Versorgung mit Einzelhandel, Grünflächen, aber auch sozialer und kultureller Infrastruktur ganz wichtig. Da muss ich natürlich auch ein bisschen Wasser in den Wein gießen: Leider hat die Stadtentwicklungsverwaltung nicht die Budgets, um diese Kulturorte zu schaffen, zu finanzieren, aber wir berücksichtigen das sehr gern in unseren Planungen. Das findet zum Beispiel in entsprechenden Wettbewerbsauslobungen für diese neuen Quartiere statt, aber es mündet auch in ganz konkreten Initiativen. Aktuell ist zum Beispiel für das neue Stadtquartier Alte Schäferei in Pankow so ein mehrfachgenutzter Kulturort im Gespräch, wo verschiedene Einrichtungen unter einem Dach einen Anker im neuen Kiez schaffen können. Gleichwohl braucht es dafür aber eine Finanzierung, die nicht aus der Stadtentwicklungsverwaltung kommt, so wie zum Beispiel die Schulbauoffensive die Mittel für den Bau von Schulen oder Sportstätten mitbringt oder sie kann aus anderen Töpfen kommen. Das kann natürlich aber gut unterstützt werden. Es ist zum Beispiel auch denkbar, dass die landeseigenen Wohnungsgesellschaften solche Flächen mit bereitstellen und dass das dann entsprechend angemietet werden kann. Das ist ein Modell, wie so ein Betrieb kultureller Einrichtungen dann in der Praxis realisiert werden kann.

Es gibt also eine intensive Zusammenarbeit in dieser fachlichen Entwicklung des Kulturkatalogs und wie man Kulturpolitik in den Kiez bringen kann. Es gab natürlich auch eine sehr intensive Zusammenarbeit technischer Natur, was die Bereitstellung von Geodaten für das Kulturkatalog angeht. Das sind zum Beispiel Karten öffentlicher Liegenschaften, Daten zu Bebauungsplanungen oder zum Monitoring der sozialen Stadtentwicklung. Das ist alles in das Kulturkatalog mit eingeflossen, um eine integrierte Planung auf der Grundlage dieses neuen Instruments, das wir sehr begrüßen, zu unterstützen. – Vielen Dank!

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann daran gleich nahtlos anschließen. Ich glaube, das Beispiel des ISEK Berliner Mitte ist ein gutes Beispiel dafür, wo das schon eingeflossen ist, gerade das, was hier vom Kulturkatalog vorgestellt wurde. Die Diskussion, die wir vorhin ganz am Anfang der heutigen Sitzung zum Molkenmarkt geführt haben, ist auch ein Beispiel, wo in Zusammenarbeit, in dem Falle der Senatskulturverwaltung, der Kulturraum gGmbH, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der WBM, die Daten einfließen. Es existieren auch die Fragen: Was ist da schon? Was soll da sein? Wie wollen wir das aufteilen? Welche Notwendigkeiten sind in den jeweiligen Quartieren?

Ich hatte mich aber daneben noch gemeldet, weil ich eine Rüge dazwischengerufen bekommen habe. Natürlich, Herr Wesener, wenn ich im September etwas sage, dann gilt das auch im Dezember noch, zumindest ist das bislang meine Politik gewesen. Ich kann Ihnen sagen, dass in diesem Jahr 200 000 Euro bei der Kulturraum gGmbH zweckgebunden für das Kulturkataster zur Verfügung standen, und auch in den Jahren 2026 und 2027 sind diese zweckgebundenen Mittel für das Kulturkataster zur Weiterentwicklung etatisiert.

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Vielen Dank auch, Herr Roser, für die Ausführungen! Dann haben nun unsere Anzuhörenden die Möglichkeit, Fragen zu beantworten. Sie sind sehr frei unterwegs. Wollen Sie einfach antworten? Aber behalten Sie bitte die Uhr ein bisschen im Auge. Herr Kamphausen fängt an. – Bitte!

Julian Kamphausen (Studio für unendliche Möglichkeiten GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir würden das mit Ihrem Einverständnis chronologisch machen. Ich würde deswegen mit Herrn Rosers Ausführungen zu der Wandlung des Stadtentwicklungsplans, zum Stadtentwicklungskonzept beginnen. Dem kann ich nicht viel hinzufügen, das waren die Gegebenheiten, in denen wir mit dem Beteiligungsprozess begonnen haben. In dem Beteiligungsprozess waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SenKultGZ und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen ganz besonders wichtig. Wir haben darüber hinaus auch mit der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport gesprochen, weil die gerade in der letzten Phase der Finalisierung des Sportstättenkatasters waren. Von denen haben wir auch viel gelernt, was funktioniert und was nicht funktioniert. Denen danken wir an der Stelle auch. Dann gab es natürlich die vielen Interviews, die wir mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ämter für Weiterbildung und Kultur in den Bezirken geführt haben. Treptow-Köpenick hatten wir tatsächlich nicht dabei. Es tut uns leid, wir konnten uns in der ersten Konzeptionsphase, die schnell gehen musste, nur auf ein paar Bezirke beschränken.

Darüber hinaus haben wir – auf Stichwort quasi – mit den Kulturspartenverbänden gesprochen, zum Beispiel mit dem BBK, damals noch mit PROSA, StadtNeudenken, dem Landesmusikrat, dem Deutschen Bühnenverein, dem LAFT – Landesverband freie darstellende Künste –, dem Urbanen Praxis e. V., dem VÖBB, dem Verbund der öffentlichen Bibliotheken, der Clubcommission, dem Netzwerk freier Berliner Projekträume, dem Raumbüro Freie Szene Berlin, der RAUMSONDE und dem Museumsportal, aber auch mit der IHK, die da gerade den Kreativwirtschaftsatlas rausgegeben hatte, und angeschlossen SenWiEnBe, natürlich mit den Kolleginnen und Kollegen der angesprochenen Cultural Infrastructure Map in London und mit den Kolleginnen und Kollegen in Leipzig. Wir gehen davon aus, dass das Kulturkataster schon jetzt in seiner ersten Version, wie es uns hier vorliegt, in Präzision, Schärfe und Fachtiefe umfassender ist als die anderen uns bekannten Beispiele. Darüber freuen wir uns.

Für die weiteren Punkte würde ich mich freuen, an Herrn Jakobsen und Frau Raber übergeben zu können.

Daniel Jakobsen (Kulturraum Berlin gGmbH): Ich versuche das jetzt auch noch mal zu strukturieren. Ich fange bei der Frage zu den Potenzialorten an, weil Sie direkt danach gefragt hatten, Frau Kühnemann-Grunow: Das ist eine von unseren Kulturraumkategorien im Kulturkataster. Wir haben uns immer die Fachexpertise für jede einzelne Kategorie geholt. In die-

sem Fall haben wir das gemeinsam mit dem Verein Urbane Praxis entwickelt. Die haben für uns die Erhebung von Potenzialorten in Berlin übernommen. Ein Großteil davon sind die Orte, die in den sozialen Infrastrukturkonzepten der Berliner Bezirke als Potenzialflächen, Potenzialorte identifiziert wurden. Die finden Eingang in das Kulturkataster und sind dann auch mit dem jeweiligen – Sozialen Infrastruktur-Konzept – SIKo – hinterlegt. Zusätzlich gibt es dann zum Beispiel noch die urbanen Optionsflächen, das sind Arrondierungs-, Splitterflächen, die LokalBau-Strategie aus Friedrichshain-Kreuzberg und auch noch mal eine öffentliche Befragung im Netzwerk der Urbanen Praxis, wo sie teilweise private und auch ein paar größere Liegenschaften des Landes Berlin hinzugefügt haben.

Ich könnte noch mal direkt darauf eingehen, wie wir generell bei der Datenerhebung vorgehen – wir sind keine große Redaktion, das machen vor allem ich und meine Kollegin Lina Rippel, die heute nicht dabei ist, sie ist studentische Hilfskraft und hat heute Uni –: Wir akquirieren die Daten, prüfen und aktualisieren sie, erweitern den ständig wachsenden Datensatz. Wir haben vor gut einem Jahr damit angefangen und sind inzwischen sehr weit gekommen. Wir sind bei knapp über 2 500 Kulturorten inklusive der geschlossenen Orte. Deswegen gibt es manchmal unterschiedliche Zahlen, die muss man erst einblenden, dann sieht man, dass wir jetzt bei über 2 500 Orten sind. Wir sind dabei maßgeblich darauf angewiesen, Wissen von Experten und Expertinnen vor allem aus den verschiedenen Verbänden dazuzuholen, weil wir identifiziert haben, dass sowohl auf Verbandsebene ganz maßgeblich, aber natürlich auch auf Bezirksebene, auf Landesverwaltungsebene diese Daten natürlich alle schon existieren oder in Teilen existieren, vielleicht ein bisschen veraltet sind. Die holen wir uns zusammen.

Wir haben mit über 30 Verbänden zu tun gehabt oder haben gerade zu tun. Teilweise geben wir ihnen eine Liste, die wir selbst recherchiert haben, wo wir verschiedene Datenquellen zusammenlaufen lassen haben, teilweise bitten wir sie darum, komplett so einen Datensatz zu erheben. Es ist zum Beispiel so, dass die Ateliers mit dem Atelierbüro und unserem eigenen Fachwissen, das aus dem Arbeitsraumprogramm zusammen entwickelt wurde, kommen, dass die Orte zum Beispiel vom Tanzbüro kommen, und die Clubs kommen von der Clubkommission. Es gibt für jeden Bereich eine Fachexpertise, die wir würdigen wollen.

Wir haben ein Methodendokument, das ist dick und ausführlich, 30 Seiten, auch auf der Website über das Projekt hinterlegt, wo wir kontinuierlich schreiben, wie wir das Projekt weiterentwickeln, was die nächsten Stufen sind und wie wir jede einzelne Kategorie definieren. Es gab zu einzelnen Kategorien Rückfragen. Das kann ich jetzt, glaube ich, in der Tiefe nicht alles beantworten. Generell ist unser Plan aber natürlich, auch diese Expertise reinzuholen.

Herr Wesener, Sie meinten, es ist eine Freiwilligkeit. Wir versuchen, jährlich zumindest einen Datenabgleich für diese Kategorien zu schaffen, mit diesen Verbänden gemeinsam, um sicherzustellen, dass da keine Karteileichen irgendwann landen und dieses Kulturkataster nicht mehr ein interessantes Arbeitsmittel ist.

Dann gab es noch die Frage, wie das Kulturkataster bisher aufgenommen wird und wo es schon Anwendung findet. Bisher hat uns positives Feedback erreicht. Wir sind permanent in den verschiedenen Runden unterwegs, das heißt, bei Verbänden, bei Bezirksverwaltungen, in den Fachbereichsrunden, bei den Amtsleitungen, Bezirksstadträtinnen und -räten, Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeistern. Wir versuchen, ein Bewusstsein und auch eine Begeisterung für das Projekt zu erreichen, und das funktioniert meiner Meinung nach auch sehr gut.

Die Frau Staatssekretärin hatte das ISEK Berliner Mitte schon angesprochen. Das ist auf jeden Fall etwas, wo wir die Möglichkeiten des Kulturkatasters perspektivisch ausprobieren wollen. Wir sehen uns da total als ein wichtiges Puzzlestück, um so ein Modellprojekt natürlich auch für das Kulturkataster zu bringen.

Wir sind außerdem direkt nach dem Launch von dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung angefragt worden. Die haben unsere Daten genommen, um einen Städtevergleich zwischen Berlin und Seoul, Südkorea, zu machen, um zu schauen: Wie funktioniert die kulturelle Nachversorgung hier im Vergleich zu der anderen Metropole? – Die können mit ihrem Wissen – das wird hoffentlich im nächsten Jahr veröffentlicht – sehr differenziert sagen, welche Kieze gut angebunden sind, mit welchen Kategorien, wie nah kulturelle Angebote sind. Wir wollen perspektivisch im dritten Ausbauschnitt dahin, solche Berechnungen auch im Kulturkataster anzubieten.

Wir haben noch das Moabit-Wedding-Kulturfestival mit dem Bezirksamt Mitte. Das findet nächstes Jahr das erste Mal wieder in größerem Rahmen statt. Auch dort hat das Bezirksamt Mitte gesagt, die Veranstaltenden sollen im Rahmen ihrer Arbeit all die Daten generieren, die dann langfristig für uns für das Projekt zur Verfügung stehen, damit das nicht alles immer isoliert betrachtet wird, sondern Daten auch langfristig in die bezirkliche Kulturarbeit einfließen können.

Es wurde noch nach Zugriffszahlen und Nutzungskontexten der Daten gefragt. Wir sind momentan bei etwa 1 000 Besuchenden im Monat. Die sind ungefähr drei Minuten auf der Website unterwegs. Sie sind teilweise auch aus dem Ausland, größtenteils aber natürlich aus Deutschland. Wir haben Künstlerinnen und Künstler oder auch Organisationen, die Räume für Projekte suchen. Es kontaktieren uns Kulturorganisationen, die Kooperationspartner für ihre Projekte suchen, oder auch Kulturfestivals. Es gibt Verbände, die selbst noch mal die Daten anfragen, um einen Überblick über ihr jeweiliges Arbeitsfeld zu bekommen. Es gibt Bezirksabgeordnete, die sich schon an uns gewandt haben, um das für ihre politische Arbeit in den Bezirken zu verwenden. Wir haben Bezirksverwaltungen und Landesverwaltungen, die das für die Kulturentwicklungsplanung nutzen wollen, da sind wir auch in Kontakt. Die Daten wurden auch schon für die Beantwortungen von Anfragen an das Abgeordnetenhaus verwendet. Es haben sich Open-Data-Initiativen an uns gewandt, um zu schauen, inwiefern ihre Datenbanken mit unserer Datenbank verschnitten oder auch ergänzt werden können. Und zahlreiche Studierende haben sich auch schon an uns gewandt.

Um vielleicht noch mal zu Ihrer Frage nach dem Vorbildcharakter zu kommen: Uns haben inzwischen verschiedene Städte kontaktiert. Wir sind mit Bremen, Leipzig und Köln in Kontakt, die alle auch Kulturkataster in unterschiedlichen Entwicklungsstufen planen. Wir sind in regelmäßigem Austausch, das ist ganz positiv auch für unser Projekt zu verstehen, mit Leuten, die vielleicht schon weiter oder noch nicht ganz so weit sind. Wir testen damit unsere eigene Vorgehensweise, bekommen Feedback gespiegelt. Bisher war das auch positiv. Das heißt, wir haben uns also nicht komplett konzeptionell in irgendwas verrannt, was keinen Sinn ergibt. Generell ist dieses ganze Projekt natürlich auch Open Source in der Entwicklung, sodass perspektivisch damit auch ein Kulturkataster Bochum oder Paris gedacht werden könnte, wenn denn dieser Code von anderen Städten Anwendung findet.

Jetzt müsste ich mal durch die Fragen gehen. Möchtest du sonst übernehmen?

Laura Raber (Kulturraum Berlin gGmbH): Ich kann mal gucken, was ich mir hier noch notiert hatte. Zum Thema der öffentlichen Ressourcen: Das ist ein total spannendes Thema. Herr Roser hatte es auch schon bemerkt, die Frage der Mehrfachnutzung hat uns bei der Entwicklung des Kulturkatasters von Anfang an begleitet. Was wir jetzt im ersten Schritt machen, ist, mit der nächsten Entwicklungsstufe auch auszuweisen, wo Kulturräume für eine gemeinsame Nutzung zur Verfügung stehen oder wo Räume geteilt werden können. Das sind jetzt noch nicht Nicht-Kulturräume, die für die kulturelle Nutzung zur Verfügung stehen, aber wenn sie einen Prozess der Beratung zur Mehrfachnutzung durchlaufen haben, könnten sie durchaus auch im Kulturkataster vermerkt werden, sie könnten als eine eigene Kategorie anklickbar sein: Wo kann ich eigentlich hingehen, wenn ich einen Kulturraum mitnutzen möchte? – Das betrifft nicht nur öffentliche Räume, sondern das betrifft auch Kulturräume selbst, die sehr gern ihre Räumlichkeiten teilen wollen. Wir glauben, das ist ein wichtiger Beitrag, um diesen Schatz zu heben, den wir in der Stadt haben.

Herr Wesener, zu Ihrer Frage der Schnittstellen ist schon ausgeführt worden. Ich wollte nur noch mal darauf hinweisen, weil das in unserer Kurzvorstellung aufgrund der Zeit rausgefallen ist: Auf der Karte sind jetzt schon Fachkarten, die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung kommen, eingebunden. Das heißt, man kann sich jetzt schon zum Beispiel Bebauungspläne zusammen mit den Kulturorten, Prognoseräume oder auch die ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiativen zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere angucken. Das macht natürlich eine ganz andere Analyse möglich, zu sehen, wo eigentlich Über- und Unterversorgungen sind.

Herr Jakobsen hatte es eigentlich schon gesagt: Die Datenredaktion baut sowohl auf diesen eigenverantwortlichen Input als auch auf die Einbindung von diversen Infoquellen auf, die durch die Redaktion dann eher verifiziert, überprüft, bereinigt werden. Da sind natürlich die Bezirke in ganz besonderer Form eingebunden, Frau Wolff, das ist ein total wichtiger Punkt. Deswegen ist Herr Jakobsen jetzt gerade schon unterwegs und stellt das Projekt vor und kommt total gern auch einmal zu Ihnen und macht es sichtbar.

Zur Trägerschaft wollte ich vielleicht noch eine Sache sagen: Das Wichtige an dem Projekt ist aus unserer Sicht die Verankerung für dieses gemeinsame Handeln zwischen den Ressorts, Fachverwaltungen, Ebenen und den Sektoren. Dafür ist eine Umsetzung im Sinne der Gemeinnützigkeit aus unserer Sicht wichtig. Auch um die Bereitschaft zu steigern, seine Daten zu teilen, ist es wichtig, dass sie nicht irgendwo, sondern bei einer gemeinnützigen Trägerin liegen. Insofern halten wir es für eine sinnvolle Verortung bei der Kulturraum Berlin gGmbH, auch weil wir durch unsere Arbeit im Arbeitsraumprogramm und auch darüber hinaus in der Stadt schon eine weite Vernetzung haben und deswegen auch diesen öffentlichen, partizipativen Charakter sehr gut und aufbauend auf unseren Erfahrungen und unserem Netzwerk durchführen können. – Ich glaube, damit habe ich, haben wir alles beantwortet.

Julian Kamphausen (Studio für unendliche Möglichkeiten GmbH): Ich könnte noch bei den technischen Schnittstellen ergänzen, dass wir von Anfang an darauf geachtet haben, dass das mit der von SenStadt entwickelten digitalen Infrastruktur wirklich komplett kompatibel ist, dass hier eben keine Doppelstrukturen geschaffen werden. Das Abrufen der Daten wurde in der Beteiligungsphase schon von den Verbänden besonders eingefordert und auch schon sehr gelobt, weil das so einfach geht. Die nutzen es jetzt bereits, um auf ihren Homepages ihre Sparten und Daten widerzugeben, sie sparen sich so die eigene redaktionelle Arbeit und kön-

nen ihre Orte noch mal so zugänglich machen, wie sie das sinnvoll finden, beziehungsweise können das so unterkategorisieren. Das freut uns ausgesprochen. BBK, LAFT Berlin, Landesmusikrat haben Interesse angemeldet. Dann kann nämlich auch so etwas sehr Zeit- und Personalintensives wie die Doppelnutzung von sektorenübergreifenden Räumen, wie zum Beispiel Turnhallen, in denen Chöre probieren, oder den unverhältnismäßig vielfältigen Kirchenräumen, mal angegangen werden. Aber das braucht wirklich die fachliche Expertise der Verbände, der Menschen, die die Kontakte zu diesen Räumen haben. Das kann natürlich nur von einer zentralen Redaktionsstelle gesteuert und organisiert, aber nicht fachlich beurteilt werden. Dafür, für die großen Fragen, gibt es dann immer das fachliche Steuerungsgremium, in dem natürlich – das können Sie sich vorstellen – hart darum gerungen und diskutiert wird, was ein Kulturort ist und was nicht. Bis jetzt konnten aber immer Lösungen gefunden werden.

Vielleicht noch ganz kurz zu den Buchhandlungen: Das sind einfach wichtige Orte für Lesungen in der schreibenden Kunst, und davon gibt es nicht so viele, die dezidiert funktionieren. Hier ist es deswegen ein schwieriges Abwägen, was das Steuerungsgremium auch immer wieder vor längere Diskussionen stellt. Das Gleiche können Sie sich bei Galerien vorstellen: Was ist der Unterschied zwischen einer privaten und einer kommunalen Galerie? – Auch darum werden in den nächsten Monaten viele fachliche Diskussionen geführt werden.

Vorsitzender Sven Rissmann: So, ich muss Sie jetzt mal unterbrechen. Verzeihen Sie bitte! Zum einen, weil die Zeit sehr beansprucht ist, zum anderen gibt es jetzt doch noch zwei Wortmeldungen, nämlich von den Kolleginnen Dr. Schmidt und Wolff. Gibt es darüber hinaus noch Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann würde ich die Rednerliste schließen. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann Frau Dr. Schmidt und danach Frau Kollegin Wolff. Bitte kurze Frage und dann kurze Antwort, da wir dem Sitzungsende nahe gegenüberstehen. – Bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Eine kurze Frage ist mir tatsächlich noch eingefallen. Wir haben jetzt über die Sicherung von Orten gesprochen. Werden in dem Kataster auch die Orte weiter bleiben, die verschwunden sind und als solche gekennzeichnet? – Danke für die kurze Antwort!

Vorsitzender Sven Rissmann: Herr Kamphausen hat genickt. – Frau Wolff, vielleicht ist Ihre Frage ebenso schnell zu beantworten, bitte!

Dunja Wolff (SPD): Ich versuche es. Inwieweit arbeiten Sie auch mit dem touristischen Sektor zusammen? VisitBerlin ist dabei wichtig. Ich glaube, da auch nicht doppelt fahren zu müssen, wenn Sie sagen, Privattheater oder Nichtprivattheater, Galerie oder Nichtgalerie. Es ist wichtig zu wissen, inwieweit Sie da zusammenarbeiten, denn ich glaube, auch da müssen am Ende nicht Doppelstrukturen entstehen. – Danke!

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Herr Jakobsen, ich hatte Sie gerade abgeschnitten. Wollen Sie dann jetzt noch die Antwort übernehmen, in vielleicht zwei Minuten? – Bitte sehr!

Daniel Jakobsen (Kulturraum Berlin gGmbH): Ich kann vielleicht noch mal ergänzen, weil es gerade viele Vorhaben gibt, dieses Kulturkataster redaktionell weiterzuentwickeln. Wir sind mit sehr vielen verschiedenen Verbänden, aber auch mit Senatsverwaltungen im Gesprä-

che, um perspektivisch keine Doppelstrukturen aufzubauen und uns die vorhandene Datenbasis zu nehmen. Herr Kamphausen hatte jetzt über die Buchhandlungen gesprochen. Da geht es zum Beispiel auch darum, perspektivisch den gesamten Bestand der Berliner Buchhandlungen abzubilden. Das haben wir, wir haben dazu eine gute Datenbasis beim Börsenverein des Berliner Buchhandels. Die haben wir bei uns. Da ist es eher noch eine Verhandlungsfrage mit dem Steuerungsgremium: Wann kommt das, in welchem Kontext? – Dann wäre so etwas natürlich auch denkbar.

Wir sind zum Beispiel auch mit dem Gesellschaftlichen Zusammenhalt und mit den Religionsgemeinschaften bei der SenKultGZ im Gespräch, perspektivisch auch diese religiösen Kulturorte abzubilden. Mit SenWiEnBe sind wir darüber im Gespräch, wie wir den Datenabgleich mit dem Wirtschafts atlas auf den Weg bringen. So werden wir in den nächsten Entwicklungsstufen perspektivisch dieses Kulturkataster weiterhin vervollständigen. Ich glaube, an einem Punkt, wo das Kulturkataster dann wirklich fertig ist, werden wir wahrscheinlich nie ankommen, denn dafür ist die Kulturlandschaft in Berlin einfach viel zu dynamisch.

Vorsitzender Sven Rissmann: Vielen Dank! – Dann darf ich auch Ihnen sehr herzlich danken, dass Sie heute an unserer Sitzung teilgenommen haben, unsere vielen Fragen beantwortet haben. Herzlichen Dank für Ihr Kommen!

An das Kollegium hier: Die Besprechungen zu den Punkten 4 a und 4 b, vermute ich, sollen dann auch vertagt werden, bis das Wortprotokoll vorliegt. Ist das so gewollt? – Ich sehe einzelnes Nicken. Dann gehen wir mal davon aus, dass das so Konsens ist. Wir vertagen die beiden Punkte.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.